

DEUTSCHE
POLIZEI

JULI 2016 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



SEK

*Spezialeinheiten
im Zeitenwandel*



Auch die tapfersten Beschützer
brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen



Foto: Zielhasko

„Für mich nicht nachvollziehbar, wieso die Politik hier zögert, wenn man diese Respektlosigkeit gegenüber jungen Polizistinnen und Polizisten sieht. Das sind Menschen, die uns schützen sollen und die – aus meiner Sicht zumindest – nicht ausreichend vom Staat geschützt werden“, sagte der IMK-Vorsitzende und Innenminister des Saarlands, Klaus Bouillon (l.), im Gespräch mit DEUTSCHE POLIZEI. **Seite 4**

DIENSTWAFFE



Fotodpa

Hollywood oder hier: Weder die Fähigkeiten der Schützen noch die Erkennbarkeit der Treffwirkung in Film und Fernsehen seien mit der Realität in Einklang zu bringen – von den psychischen Folgen eines solchen Schusswaffengebrauchs ganz zu schweigen, erläutert DP-Autor Marcel Müller in seinem Beitrag. **Seite 14**

VERKEHR



Foto: Christin Klöse/dpa

Urteil: Aufgezeichnet wurde dieser Verstoß von einem Zeugen, der seine Dashcam von Fahrtbeginn an hat laufen lassen. Er zeichnete somit nicht nur den Verstoß auf. (...) Für das Gericht war auch von Bedeutung, warum der Zeuge die Kamera hat laufen lassen. **Seite 29**

INHALT **Juli 2016**

- 2 **DGB-SOMMERTOUR 2016** Gewerkschafter machen Station im Kölner Polizeipräsidium
- 3/39 **FORUM**
- 4 **DP-INTERVIEW** Bouillon: „Ohne unsere Polizei hat dieser Staat keine Chance, ganz klar“
- 6 **TITEL/SPEZIALEINHEITEN** Speerspitzen im Kampf gegen Terrorismus und Gewaltkriminalität
- 11  **INTERN** DGB-Chef bei GdP-Bundesvorstand
- 12  **GESPRÄCHE** Deutscher Anwaltverein und Gewerkschaft der Polizei erörtern Positionen und finden Gemeinsames
- 13  **VOR ORT** Kluges Einsatzkonzept verhindert Eskalation
- 14 **DIENSTWAFFE** Wenn der Cop ans Holster greift ...
- 21  **INTERN** GdP-Experten erörtern Notwendigkeit wasserschutzpolizeilicher Aufgabenkritik
- 23  **GESPRÄCHE** Klares Bekenntnis für die Polizei abgeben
- 25 **KRIMINALITÄT** Politische Augenwischerei
- 26 **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT** Präventionsmedien der Polizei millionenfach gefragt
- 27 **PRÄVENTIONSTAG** Unerlässliche Informations- und Kontaktbörse
- 29 **AUSSTATTUNG** GdP bei Polizeifachmesse GPEC in Leipzig
- 29 **VERKEHR** Datenschutz: Dashcam-Videos als Beweismittel?
- 31 **AUSTAUSCH** US-Cops zu Besuch bei niedersächsischen Polizeikollegen
- 36 **INTERNATIONALES** GdP-Delegation verabschiedet langjährigen Vorsitzenden der niederländischen Polizeigewerkschaft
- 36 **GESCHICHTE** Ernst Schrader: Gewerkschaftspionier kämpfte für Rechte der Polizisten
- 37 **EHRUNG** Marion Dix mit Verdienstorden ausgezeichnet
- 38  **PERSONENGRUPPEN** Seniorentag 2017 geplant
- 38 **KRIMINALITÄT** Seit 40 Jahren hilft der WEISSE RING Opfern von Straftaten nicht nur materiell
- 39 **KULTUR** „Erzähle!“ – eine Fibel, die Lust machen soll!
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**



Gewerkschafter machen Station im Kölner Polizeipräsidium

Das Kölner Polizeipräsidium erwartet am 4. Juli eine „Invasion“ der besonderen Art: Es ist das erste Ziel, dass der DGB-Bundesvorsitzende und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften im DGB gemeinsam mit Vertretern der Hauptstadtpresse auf der „DGB-Sommertour 2016“ ansteuern wollen. Deutschlandweit wollen auf dieser Tour die Spitzen der Gewerkschaften Betriebe, Behörden und Einrichtungen besuchen, um mit Unternehmens- und Behördenleitern, Betriebs- und Personalräten über Themen wie Digitalisierung, Integration, Inklusion, Arbeitsschutz, aber auch über aktuelle, die Beschäftigten berührende Fragen, zu sprechen.

Erster Gastgeber ist Polizeipräsident Jürgen Mathies. Er wurde nach den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln am 19. Januar mit der Leitung der Behörde betraut. Er werde, davon ist NRW-Innenminister Ralf Jäger überzeugt, „das Vertrauen der Menschen in die Kölner Polizei zurückgewinnen“.

Jürgen Mathies ist ein gestandener Polizist. Seit 1977 in Nordrhein-Westfa-

als Vorsitzender einer bundesweiten Projektgruppe, die die polizeiliche Rahmenkonzeption für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland erarbeitete.

Mit offener Fehlerkultur
Vertrauen zurückgewinnen

„Ich nehme gerne die Gelegenheit

zu bringen“, so Mathies, der aus der eigenen Gewerkschaftsmitgliedschaft in der GdP keinen Hehl macht. Fragen zur Silvesternacht erwartet er gelassen. „Ich halte es für wichtig, Fehler zuzugeben und daraus zu lernen, damit sich das Gleiche nicht wiederholt.“

Nur mit einer offenen Fehlerkultur verdienen wir uns das Vertrauen der Bevölkerung, das wir für unsere Arbeit brauchen und das Grundlage einer stabilen Sicherheitslage ist“, betont Kölns Polizeipräsident. Mathies, dem hohe Führungskompetenz und Entschlossenheit zum Handeln zugeschrieben werden: „Mehrere Tausend Polizistinnen und Polizisten setzen sich in Köln und Leverkusen tagtäglich mit viel Leidenschaft und Engagement für die Sicherheit der Menschen ein. In Zeiten wachsender Belastungen verdienen sie, dass die Menschen ihnen auf der Straße ebenso mit Respekt begegnen, wie ich das im innerdienstlichen Umgang erwarte.“

Milch für bikende
Gewerkschafter

Die „DGB-Sommertour 2016“ entstand aus der Idee einiger Gewerkschaftsvorsitzenden, gleichsam Motorradfans, gemeinsam in den Sommermonaten Betriebe aufzusuchen, um mit den Belegschaften zu reden. Nun sollen erstmals alle Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund vertreten sein. Ein mit dem Slogan gestalteter Bus begleitet die Motorradfahrer.

Nach dem Polizeipräsidium Köln wird die Gruppe unter anderem ein Gymnasium, eine Großkonditorei, das VW-Werk, Schlachthöfe in Niedersachsen, die Bayer-AG, eine integrative Kindertagesstätte, eine Exportbierbrauerei (für die Businsassen) und das Deutsche Milchkontor (für die Motorradfahrer) aufsuchen. Über den Verlauf der „DGB-Sommertour 2016“ berichtet DEUTSCHE POLIZEI in ihrer nächsten Ausgabe.

Rüdiger Holecek



Kölns Polizeipräsident Jürgen Mathies.

Foto: Holecek

len tätig, zuletzt Direktor des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste. Einen Namen machte er sich auch

wahr, den Spitzen der deutschen Gewerkschaftsbewegung die aktuellen Herausforderungen an die Polizei nahe



Zu: Flüchtlinge, DP 6/16

Auch für einen gut gemachten Artikel sinkt meine Zustimmung, wenn schon in der Einleitung von anders Denkenden als „geistige Brandstifter“ die Rede ist. Gerade die Erfinder dieses linksliberalen Ausdrucks sind es doch, die mit dem Flammenwerfer, nur in entgegengesetzter Richtung, durch die Lande ziehen. Aber unverständlicher Weise ist momentan nur diese Richtung angesagt. Alles Flüchtling, oder?

Bin ich ein geistiger Brandstifter, wenn ich die Flüchtlingspolitik (unbegrenzte Zuwanderung mit Bleiberecht) der Regierung kritisiere, mir um die steigende Ausländerkriminalität Gedanken mache oder die leistungslosen, sozialen Wohltaten und Programme auf Dauer für nicht finanzierbar halte? Bin ich ein geistiger Brandstifter, wenn ich deutsche Tugenden (heute nur noch Werte genannt) verteidige, oder vielleicht auch noch feststelle, dass alles teurer wird?

Fakt ist für mich, dass nirgendwo scheinheiliger argumentiert wird, als in einem Land mit einem schlechten Gewissen wegen seiner Vergangenheit. Wir sollten uns bemühen, dass das soziale Gleichgewicht nicht in Schieflage gerät und die Leistungen für Deutschland nicht ins Hintertreffen geraten (zum Beispiel Arbeitsplätze, Renten, Wohnungen). Wir sind nämlich auf dem besten Weg, eine Spaltung Deutschlands herbei zu regieren. Wir dürfen keine falsche Toleranz zeigen und Probleme auch noch beim Namen nennen dürfen.

Günter Klinger, Oberasbach

Zu: Titelbild, DP 5/16

Im Artikel der Frauengruppe in der letzten Mai-Ausgabe wird der BKA-Präsident mit den Worten zitiert: „Es müsse eine Führungskultur gestärkt werden, die darauf ausgelegt sei, Familie und Beruf, Privatleben und Job in Einklang zu bringen.“ Leider spricht das Titelbild derselben Ausgabe eine andere Sprache: Es zielt vordergründig eine junge Mutter mit ihrem Kind sitzend auf der Wiese, während im Hintergrund mehrere Einsatzbeamte anlässlich des 1. Mai bei der Arbeit zu sehen sind. Man könnte meinen, dass die klassische Rollenverteilung auch

noch in vielen GdP-Köpfen verankert ist und damit genau dem Zitat von Holger Münch entgegensteht. Schade.

Peggy Müller, Hannover

Zu: Polizeiwissenschaft, DP 6/16

In seiner Replik auf den „provokanten“ (so Bernd Walter selbst) Artikel von Martin Zink in der DP 4/16 unter dem Titel „Will die Polizei die Polizeiwissenschaft?“ macht der Autor keinen Hehl daraus, dass er einer „Verwissenschaftlichung“ der Polizei kritisch bis ablehnend gegenübersteht. Dies ist sicherlich sein gutes Recht und insofern auch nicht zu beanstanden. Allerdings muss es zulässig sein, die Kritikpunkte als solche zu kritisieren. Was ich mit einigen wenigen Anmerkungen tun möchte.

Man kann Walters Ausführungen unter zwei wesentlichen Überschriften zusammenfassen:

1. Die Diskussion um das Für und Wider einer, wie auch immer garteten, Polizeiwissenschaft hat rein akademischen Charakter! Dies wäre meines Erachtens richtig, wenn eine solche Wissenschaft keinen Einfluss auf die oder zum Nutzen der Polizei hätte. Dies wird man leider aber erst im Nachhinein feststellen können. Dass es derzeit keine allgemein anerkannte und akademisch etablierte Polizeiwissenschaft gibt, ist unstrittig. Genauer wäre es hier allerdings festzustellen, dass es diese in Deutschland nicht gibt. Insbesondere in den angelsächsischen und nordeuropäischen Ländern, beispielsweise dem „Scottish Institute for Policing Research“ (<http://www.sipr.ac.uk>), wird deren Notwendigkeit schon lange nicht mehr diskutiert. In diesem Zusammenhang wäre auch daran zu erinnern, dass bei jeder Geburt einer neuen Wissenschaft Geburtswehen zu überstehen sind: So hatte die heute etablierte und allseits anerkannte Politikwissenschaft in Deutschland ähnliche Probleme. Politikwissenschaft betrieben überwiegend Soziologen, Historiker, Philosophen und Nationalökonomien im Rahmen ihres jeweiligen Faches. Als eigene „Demokratiewissenschaft“ hat sie erst nach dem Krieg bei uns das Licht der Welt erblickt.

Auch die Notwendigkeit ihrer Geburt überhaupt ist vorher ausgesprochen kontrovers diskutiert worden. Selbst wenn es, so Walter, eine Polizeiwissenschaft in Deutschland gäbe, so müsste sie schon allein aus wirtschaftlichen Gründen keine „Grundlagenforschung“ betreiben. Dazu kann ich nur sagen, Grundlagenforschung ist die Basis der modernen Wissenschaft. Wer sie ablehnt, stellt sich gegen Erkenntnisgewinn und Fortschritt. Der Großteil der Polizisten als Hauptbetroffene interessiert sich gar nicht für eine Polizeiwissenschaft. Das ist richtig. Der Großteil der Menschen in der Bundesrepublik interessiert sich auch nicht für Politikwissenschaft. Soll sie daher abgeschafft werden?

2. Die Polizei braucht praktische Lösungen! Wenn man unter Polizeiwissenschaft nur die Erforschung praktischer Probleme unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden versteht, so erübrigt sich der akademische Begriff nach Ansicht des Autors. Es wäre banal, darüber zu diskutieren. Dass es dies gerade nicht ist, habe ich versucht mit meinem Leserbrief in DP 5/16 zum gleichen Artikel von Martin Zink, anhand von praktischen Beispielen, zu zeigen. So werden zum Beispiel exakt solche „banalen statistischen Wahrheiten“ von Entscheidungsträgern ignoriert. Walter behauptet weiterhin, dass viele Forschungsergebnisse trivial, realitätsfremd oder nicht umsetzbar sind, so dass der praktische Nutzen fehle. Dies mag in vielen Fällen zutreffen. Es gibt überall „gute und schlechte“ Wissenschaft. Ich möchte aber auch an zwei

Fortsetzung auf Seite 39

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



Bouillon: „Ohne unsere Polizei hat dieser Staat keine Chance, ganz klar“

Klaus Bouillon (68), war 31 Jahre lang Bürgermeister seines Geburtsorts St. Wendel im Saarland. Im November 2014 wurde der gelernte Jurist zum Innenminister ernannt. Seit Beginn des Jahres sitzt er der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vor.

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Herr Minister, schon bald nach ihrem Amtsantritt wurde Deutschland mit einer Einwanderungswelle konfrontiert. Sie haben daraufhin zeitweilig ihr Büro in eine Erstaufnahmeeinrichtung verlegt. Welches Erlebnis dort hat Sie am stärksten berührt?

Klaus Bouillon: Die Gefasstheit und die Geduld der Menschen. Wenn wir uns erinnern: Wir hatten zu der Zeit im Saarland Temperaturen um die 40 Grad im Schatten. Es standen über 3.000 Flüchtlinge auf der Warteliste. Die normale Verwaltung mit 30 Leuten war natürlich überfordert. Wir mussten in kürzester Zeit reagieren. Da kam es mir zugute, dass ich ein paar Tage Bürgermeister war und Bürgermeister immer selbst arbeiten und organisieren müssen. Mein Hobby war immer schon die Organisation von Großveranstaltungen und Märkten. Damit habe ich eine gewisse Erfahrung. Und ich hatte ein Super-Team. So waren wir in kürzester Zeit in der Lage, die Warteschlangen abzuarbeiten. Wir haben die Leute mit warmem Essen versorgt und sind mit Dolmetschern auf sie zugegangen. Es war am Anfang schon eine angespannte Stimmung. So viele Menschen, wir waren am Anfang überfordert. Aber sie haben gesehen, dass wir uns bemühen. Wir haben alle zwei Tage ein Meeting gemacht und die ‚Vertreter‘ der Flüchtlinge beteiligt, die wichtige Informationen dann weitergegeben haben. So hatten wir schnell Ruhe und konnten die Dinge abarbeiten. Die Entscheidungen, die ich persönlich vor Ort in der Landesaufnahmestelle getroffen habe, waren die wichtigsten Entscheidungen, die ich bisher überhaupt treffen musste. Am Schreibtisch hätte ich das alles nicht mitbekommen. Aber wenn man vor Ort ist, teilweise auch über Nacht, werden Zahlen und Fakten lebendig. Was mich mitgenommen hat am Schluss, waren die Einzelschicksale. Das Verteilungssystem kann sehr ungerecht sein. Wenn Familienver-

bände auseinandergerissen werden oder Kumpels, dann macht man eine Ausnahme und auch mal zwei. Aber das hält man nicht lange durch.

DP: Was sind die nach ihren Erfahrungen dringendsten Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben dürfen?

Bouillon: Das Allerwichtigste ist die Sprache. Im ersten Schwung kamen sehr viele Intellektuelle, auch reiche Leute. Speziell im Saarland haben wir sehr viele Syrer. Aber mittlerweile sind nahezu alle Bevölkerungsgruppen vertreten, alle Bildungsstandards. Deshalb müssen wir einfach schneller werden, was die Sprachkurse anbelangt. Und für ausreichend Wohnungen sorgen. Wenn ich sehe, dass noch immer viele Menschen an einigen Orten in großen Kasernen untergebracht sind, weiß ich, dass das auf Dauer zu Problemen führen kann. Deshalb habe ich im November 2014, acht Tage nach meinem Amtsantritt, gesagt, dass wir im Saarland ein ‚Sonderprogramm Wohnraum‘ für Flüchtlinge und Einheimische brauchen. Fragen Sie nicht, was ich da alles auf die Ohren bekam... Mit diesem Programm haben wir jetzt 30 Millionen Euro investiert. Etwa 15.000 Menschen sind nun adäquat untergebracht, bei Familien, in Häusern. Und unser Wohnraumprogramm hat seinen Teil dazu beigetragen. Wir haben neben Kommunen auch Privatleuten Zuschüsse gegeben, zur Sanierung von Privatwohnungen, den Kommunen Zehn-Jahresverträge angeboten zur Miete. Meine praktischen Erfahrungen über Jahrzehnte als Bürgermeister kamen mir zugute. Am Anfang war es schwierig, aber unser Programm sorgte dafür, dass wir keine einzige Halle belegen mussten. Das heißt, das gesellschaftliche Leben funktioniert bei uns. Das ist eine der Voraussetzungen für eine gute Integration. Ich mache mir Sorgen, wenn ich sehe, dass Wohnraum in Deutsch-

land fast überall fehlt, vor allem was den sozialen Wohnungsbau angeht.

DP: Welche Maßnahmen treffen Sie und ihre Kollegen in der IMK gegen die Welle von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte?

Bouillon: Es geht zuerst einmal um einen allgemeinen Erfahrungsaustausch. Denn es gestaltet sich ja deutschlandweit völlig unterschiedlich: Bei uns im Saarland gab es fast keine Vorkommnisse. Aber andernorts gibt es Probleme und die Unterkünfte müssen stärker bewacht werden als vorher. Wobei ich nicht unbedingt ein Freund privater Sicherheitsunternehmen bin.

DP: Das hört man auch immer wieder, wenn es um Übergriffe auf religiöse Minderheiten und Frauen geht in Flüchtlingsunterkünften. Wie glauben Sie, können diese Minderheiten und insbesondere auch Frauen besser geschützt werden?

Bouillon: Man muss es organisieren. Wir haben große, winterfeste Hallen gebaut und dort Trennwände einziehen lassen. Da gab es geschützte Räume für Familien ohne Kinder. Geschützte Räume für Familien mit Kindern. Geschützte Räume für alleinstehende Frauen und Räume für alleinstehende Männer. Das hat dazu geführt, dass wir die Dinge einigermaßen im Griff hatten. Weil wir zur Unterstützung der Polizei mit Wachpersonal gearbeitet haben.

DP: Sie haben die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auf die Tagesordnung der IMK-Frühjahrskonferenz gesetzt. Welche Fortschritte gibt es bisher, und welche Maßnahmen sehen Sie noch als notwendig an?

Bouillon: Ich bin vorsichtig optimistisch. Es gab vergangenes Jahr zwei Gesetzesinitiativen zur Änderung des Strafrechtsparagrafen 113 aus dem Saarland und aus Hessen. Damals gab es noch keine Einigung, weder zwischen Saarland und Hessen noch zwischen den A- und den B-Ländern. Für mich nicht nachvollziehbar, wieso die Politik hier zögert, wenn man diese Respektlosigkeit gegenüber jungen Polizistinnen und Polizisten sieht. Das



**GdP-Chef und IMK-Vorsitzender
uneins über Bundeswehreinsetzung
im Innern**

Etwa die Dauer eines Fußballspiels zuvor hatte der saarländische Innenminister Klaus Bouillon noch neben Thomas de Maizière, dem Bundesminister des Innern, und vor der Hauptstadtpresse in der Bundespressekonferenz gegessen. Bouillons Einschätzungen zur Kriminalitätsentwicklung des vergangenen Jahres waren zwar eher von knapper Natur, doch was der Politiker, der seit Jahresbeginn der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK) vorsitzt, mit Blick auf die Innenministerkonferenz Mitte Juni (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) zu berichten wusste, hatte nicht nur in den Augen der Korrespondenten deutlich mehr Gewicht.

Diese Themen standen Ende Mai auch im Fokus eines Gesprächs zwischen dem 68-jährigen Saarländer und dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, das am gleichen Tag wie die Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 in der GdP-Bundesgeschäftsstelle geführt wurde. Gewalt gegen Einsatzkräfte, einheitliche IT-Systeme für die Polizeien, Körperkameras, Videoüberwachung, die vorher-sagende Polizeiarbeit, die Personalsituationen in den Ländern und der Einsatz der Bundeswehr im Innern: Nicht nur viel Stoff für ein Gespräch, dass in die engen Terminpläne eines Ministers und eines Gewerkschaftschefs getaktet wurde, sondern auch eine Menge Holz für die Beratungen der deutschen Innenressort-Chefs in Mettlach-Orscholz im Südwesten der Republik. Nach dem Treffen mit Malchow nahm sich Minister Bouillon noch Zeit für ein Interview mit DP-Chefredakteur Rüdiger Holecek. **mzo**

sind Menschen, die uns schützen sollen und die – aus meiner Sicht zumindest – nicht ausreichend vom Staat geschützt werden. Deshalb will ich dafür kämpfen, dass wir hier vorankommen.

DP: Möglicherweise ist es gelungen, in der Düsseldorfer Altstadt einen Anschlag zu verhindern und eine terroristische Zelle auszuheben. Die entscheidenden Hinweise kamen aus Frankreich. Ist das für Sie ein Nachweis dass die Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden funktioniert?

Bouillon: Ja. Es ist ein gutes Beispiel, aber es ist noch viel Luft nach oben. Auch bei uns in Deutschland. Es hat sich vieles verbessert nach Brüssel und Paris. Aber es gibt noch zu viele

hatte das Thema auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz gebracht, weil ich darauf hinwirken will, dass wir unser IT-System entrümpeln. Frank-Jürgen Weise, der Leiter des BAMF, macht einen super Job, denn bei den Flüchtlingen, da war es ja auch so: es gab eine Software vom Land, eine Software vom Bund, eine Software der Kommunen. Wir brauchen eine Software für alle Zuständigkeiten. Wenn wir das verbessern, werden wir noch schneller. Und wir haben ein gutes



Klaus Bouillon (l.), saarländischer Innenminister und amtierender IMK-Vorsitzender, im Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow. Foto: Zielasko

unterschiedliche Computersysteme, zu viele Softwareprogramme, die nicht kompatibel sind. Föderalismus ist gut, manchmal aber auch schwierig und kompliziert. Wir bräuchten eine deutlich bessere internationale Zusammenarbeit. Denn es gibt immer noch Länder, die keine Daten liefern. Das ist für mich völlig unverständlich.

DP: Und wie steht es in Deutschland mit der Vernetzung der Datenbanken zwischen den Bundesländern und den Sicherheitsbehörden?

Bouillon: Das hat sich deutlich verbessert. Auch die Leiter der Landeskriminalämter sind im ständigen Kontakt in den Arbeitskreisen. Die Kooperation mit dem Bundeskriminalamt hat sich stark verbessert. Das sagen alle. Aber hier kann man immer noch daran arbeiten. Zurzeit sind alle bemüht, dass wir Stück für Stück vorankommen. Ich

Beispiel aus unserer Region: Hier gibt es eine gemeinsame Behörde in der Frankreich, Luxemburg, Belgien, Saarland und Rheinland-Pfalz zusammenarbeiten – auch im Bereich der Wohnungseinbrüche. Und hier verzeichnen wir erste Erfolge. Mir ist es im Saarland gelungen, trotz der Schuldenbremse und des Stellenabbaupfades durch befristete Einstellungen, Lebensarbeitszeitverlängerungen, einen polizeilichen Ordnungsdienst und mehr Einstellungen bei Kommissaranwärttern die saarländische Sicherheitsarchitektur personell deutlich zu stärken. Der Einsatz von Körperkameras ist beschlossen, jetzt geht es an die Videoüberwachung. Ich weiß: Ohne unsere Polizei hat dieser Staat keine Chance, das ist ganz klar.

DP: Herr Minister Bouillon, wir danken für dieses Gespräch.



Speerspitzen im Kampf gegen Terrorismus und Gewaltkriminalität

Von Lars Lapper

Mit der aktuellen Bedrohung durch den islamistisch motivierten Terrorismus und der damit verbundenen Debatte über die polizeiliche Intervention im Fall eines Szenarios von Pariser Ausmaß stehen die Spezialeinheiten von Bund und Ländern gegenwärtig wie selten zuvor im Fokus der medialen Berichterstattung. DEUTSCHE-POLIZEI-Autor Lars Lapper wirft aus diesem Anlass einen Blick auf die Geschichte und herausragende Einsätze der Spezialeinsatzkommandos von deren Gründung bis zur Gegenwart.

Gemäß der Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 – Führung und Einsatz der Polizei – werden unter dem Grundbegriff Spezialeinheiten die Spezialeinsatzkommandos (SEK) und Mobilen Einsatzkommandos (MEK) der Polizeien der Länder sowie die Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) der Bundespolizei

geführt. Andere fiktive Begriffe wie Sondereinsatzkommandos oder Anti-Terror-Einheiten entstammen der Phantasie der Medien und sind im polizeilichen Sprachgebrauch nicht zulässig. Organisation, Gliederung und Aufgaben der Spezialeinheiten sind in den jeweiligen Erlassen und

Verwaltungsvorschriften der Innenministerien definiert.

Geschlossenes Vorgehen

Das SEK ist im Rahmen der operativen Bekämpfung schwerer Gewaltkriminalität dann einzusetzen, wenn die Lage ein geschlossenes Vorgehen unter Anwendung unmittelbaren Zwanges insbesondere gegen bewaffnete Täter erfordert. Zu den Aufgaben des SEK zählen die Durchführung von gefahrenabwehrenden und strafprozessualen Maßnahmen mit hohem Gefährdungsgrad sowie von polizeilichen Rettungsmaßnahmen für Personen in



Beamte der Spezialeinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes im Oktober 1979 bei einer Präsentation vor Pressevertretern. Rechts im Bild der Gründer und langjährige Leiter des Kommandos, Ulrich Wegener. Foto: Roland Scheideman/dpa



Lebensgefahr unter besonderen Bedingungen. Ein Einsatz kommt vor allem in Betracht für den Zugriff auf Täter bei Amok- und Bedrohungslagen, Geiselnahmen, Entführungen, Erpressungen sowie Terrorismus und organisierter Kriminalität. Die Polizeien der Länder verfügen bundesweit über insgesamt 23 eigenständige Spezialeinsatzkommandos, davon sechs in Nordrhein-Westfalen sowie jeweils zwei in Bayern und Hessen. Die organisatorische Angliederung besteht gegenwärtig in neun Ländern beim Landeskriminalamt, in fünf Ländern bei übergeordneten Polizeipräsidien und in zwei Ländern bei der Bereitschaftspolizei. Jedes SEK gliedert sich in eine Führungsgruppe und mehrere Einsatzgruppen, in denen Teilkkräfte mit zusätzlichen Spezialisierungen für die Komponenten der Präzisionsschützen, der Höhenintervention und der Zugangstechniken sowie als speziell geschulte Medic-Rettungssanitäter bereitgehalten werden. Angaben über Personalstärken, taktische Gliederung, Bewaffnung und Auswahlverfahren der Kommandos sind dem Autor bekannt, werden im vorliegenden Artikel aus Gründen der Geheimhaltung jedoch nicht explizit erörtert.

Mittelpunkt öffentlichen Interesses

Während die Spezialeinsatzkommandos insbesondere nach spektakulär verlaufenden Einsätzen häufig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, findet die Tätigkeit der Mobilien Einsatzkommandos (MEK) nur wenig Resonanz in den Medien. Der Grund hierfür dürfte darin liegen, dass die Arbeit der MEKs nahezu komplett „im Verborgenen“ stattfindet, die Kräfte werden ausschließlich verdeckt in ziviler Kleidung eingesetzt. Aufgabe dieser Kommandos sind vorrangig Observationsmaßnahmen im Bereich der Organisierten Kriminalität unter Einsatz von Operativtechnik. Die Deliktbereiche des islamistischen Extremismus und der Rockerkriminalität haben in den vergangenen Jahren zu einer außerordentlich hohen Einsatzbelastung der MEKs geführt.

Reaktion auf Tattaten

Als Reaktion auf den desaströsen polizeilichen Einsatz gegen palästi-

nensische Terroristen während den Olympischen Spielen in München am 5. September 1972 mit insgesamt 17 Todesopfern erfolgte mit Erlass des Bundesinnenministeriums unmittelbar nach dieser Tragödie die Gründung der Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) als erste Spezialeinheit des damaligen Bundesgrenzschutzes zur Bekämp-

auch die Spezialeinsatzkommandos an ihre Grenzen stoßen oder unterstützt werden müssen. Beispielhaft erwähnt seien hier die Einsätze der GSG 9 anlässlich der Besetzung des türkischen Generalkonsulats mit Geiselnahme am 4. November 1982 in Köln und der Geiselnahme am 25. Juli 1994 in der Justizvollzugsanstalt in Kassel.



Tragisches Ende der Gladbecker Geiselnahme nach 54 Stunden am 18. August 1988 auf der Autobahn Köln-Frankfurt. Das Bild zeigt die Fahrzeuge der Täter und des SEK unmittelbar nach dem Zugriff.
Foto: Franz-Peter Tschauner/dpa

fung besonders schwerer, vor allem terroristischer Gewaltkriminalität. Die GSG 9 erlangte mit der Erstürmung einer von Terroristen entführten Boeing 737 der Lufthansa in der somalischen Hauptstadt Mogadischu am 18. Oktober 1977 internationale Bekanntheit. Das Aufgabenspektrum der GSG 9 der Bundespolizei von heute umfasst neben Einsätzen für das Bundeskriminalamt und anderen Behörden auch die Teilnahme an polizeilichen Auslandsmissionen. Auf Anforderung einiger Bundesländer wurden Kräfte der GSG 9 in den vergangenen Jahren mehrfach für Zugriffsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Rockerkriminalität eingesetzt. Die Option einer Anforderung der GSG 9 durch die Polizeien der Länder besteht außerdem in gravierenden Fällen der Gewaltkriminalität von außergewöhnlicher Brisanz, bei denen

Bedrohung durch Linksterrorismus

Nach der Gründung der GSG 9 erfolgte ab 1973 in den folgenden Jahren schrittweise die Aufstellung der Spezialeinheiten in den Bundesländern. Bereits in den Anfängen bestanden regelmäßige Kontakte und Erfahrungsaustausch zwischen der GSG 9 und den Spezialeinsatzkommandos. Im Rahmen von Hospitationen wurden Einsatztaktiken gemeinsam trainiert. Das Einsatzgeschehen der Anfangsjahre war geprägt von der damaligen Bedrohung der inneren Sicherheit durch den Terrorismus der Rote Armee Fraktion (RAF). SEK und MEK wurden verstärkt für Fahndungsmaßnahmen und Aufgaben des Personenschutzes von führenden Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft herangezogen. Die



SPEZIALEINHEITEN



Einsatz der Spezialeinheiten im Angesicht der aktuellen Bedrohungslage: Beamte des SEK Niedersachsen (links) und der GSG 9 (rechts) Mitte November 2015 in Hannover nach Hinweisen auf einen bevorstehenden Anschlag islamistisch motivierter Terroristen.

Foto: Julian Stratenschulte/dpa

selnahmen in der bundesdeutschen Kriminalgeschichte. Im Verlauf einer ähnlich gelagerten Tat am 6. Oktober 1982 in einer Sparkasse in Koblenz verstarb ein junger Bankangestellter wenige Tage später an der Schussverletzung, die ihm einer der Geiselnnehmer zugefügt hatte.

Gladbecker Geiseldrama

Die Einsatzlage, die vom 16. bis 18. August 1988 die Bundesrepublik Deutschland erschütterte und als „Gladbecker Geiseldrama“ international Schlagzeilen machte, ist bereits Gegenstand unzähliger Berichte in Zeitungen und Fernsehen und soll daher an dieser Stelle nicht nochmals analysiert werden. Der Verlauf der 54 Stunden dauernden Geiselnahme, die sich über drei Bundesländer sowie die Niederlande erstreckte und

im November 1982 nach zweiwöchiger Observation erfolgten Festnahmen von Terroristen der RAF in Waldgebieten in Hessen und Schleswig-Holstein wurden als bedeutender Erfolg der taktischen Zusammenarbeit von Kräften der GSG 9 mit den Spezialeinheiten der Länder bewertet.

39 Stunden

Die Kriminalitätsphänomene der 80er-Jahre mit einer Vielzahl von spektakulären Geiselnahmen und Entführungsfällen stellten die Spezialeinheiten vor neue Herausforderungen. Geiselnahmen am 17. März 1980 in der Justizvollzugsanstalt in Zweibrücken und am 2. November 1986 in einem Wohnhaus in München-Schwabing mussten mit der gezielten Tötung der Täter durch den Finalen Rettungsschuss von Präzisionsschützen der Spezialeinsatzkommandos beendet werden. Der Einsatz von München mit einer Dauer von 39 Stunden gilt bis heute als eine der längsten Gei-



Beamte des SEK Rheinland-Pfalz Ende Januar 1989 in Mainz bei einer Vorstellung ihrer Ausrüstung vor dem Innenminister. Man beachte die damaligen ballistischen Helme und Westen der Schutzklasse 1.

Foto: Tim Brakemeier/dpa



zu insgesamt drei Todesopfern führte, war von einem bis heute einzigartigen Ausmaß an polizeilichen Fehlentscheidungen und Versäumnissen geprägt, verbunden mit einer ebenso einmaligen Sensationsgier von Pressevertretern. Die Betrachtung der damaligen Fernsehaufnahmen von der sterbenden jugendlichen Geisel auf der Raststätte Grundbergsee und dem Auftreten der Täter in der Kölner Fußgängerzone können auch nach einem zeitlichen Abstand von fast 28 Jahren noch emotionale Reaktionen hervorrufen. Die dramatischen Ereignisse führten zu einer intensiven öffentlichen Debatte und zu massiver Kritik am taktischen Vorgehen der Polizei. Bis heute ist nicht zweifelsfrei geklärt, ob die Entscheidung über den risikobehafteten Zugriff auf der Autobahn Köln-Frankfurt – wenige Kilometer vor der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz – nicht durch politische Vorgaben beeinflusst wurde. Als Konsequenz aus den Fehlern bei der Gladbecker Geiselnahme fand bei den Polizeien der Länder in der Folge ein Umdenken hinsichtlich der einsatztaktischen Bewältigung von derartigen Lagen sowie eine Neuausrichtung in den polizeilichen Führungsstäben des Landes Nordrhein-Westfalen statt.

Milieukämpfe

Die Polizei Hamburg hat seit der Gründung ihrer Spezialeinheit im Gegensatz zu den anderen Bundesländern auf eine organisatorische Trennung der Spezialisierungen verzichtet. Das Mobile Einsatzkommando Hamburg hat bis heute die Aufgaben von MEK, SEK und Präzisionsschützen in einer Organisationseinheit vereint. Seit mehreren Jahren wird diese Dienststelle unter dem Oberbegriff Spezialeinheiten (SE) beim Landeskriminalamt (LKA 24) geführt. Wie kaum ein anderes Kommando war in den 80er-Jahren das MEK Hamburg mit drastischen Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität konfrontiert. Das Vergnügungs- und Rotlichtviertel um die Reeperbahn in St. Pauli wurde wiederholt zum Schauplatz von Machtkämpfen im Zuhältermilieu unter Anwendung von Schusswaffen mit Todesopfern und Verletzten. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung erschoss der „St.-Pauli-Killer“ Werner Pinzner nach seiner Festnahme durch das MEK am 29. Juli 1986 im Hambur-



SEK-Einsatz der Anfangsjahre: Beamte des Spezialeinsatzkommandos Baden-Württemberg Mitte Oktober 1981 beim Abseilen von Besetzern eines Turmes auf dem Baugelände der Startbahn 18 West am Flughafen Frankfurt am Main. Foto: Roland Witschel/dpa

ger Polizeipräsidium einen Staatsanwalt, seine Frau und sich selbst. Weitere bemerkenswerte Ereignisse im Einsatzgeschehen des MEK Hamburg der 80er-Jahre waren Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Verbot des Ortsvereins der Hells Angels sowie ab 1986 wiederholte Einsätze gegen Hausbesetzer in der Hafenstraße.

Zunahme gewalttätiger Aktionen

Mit einer Zunahme von gewalttätigen Aktionen durch vermummte

Gruppen des sogenannten Schwarzen Blocks wurde das SEK in den Ländern auch für geschlossene Einsätze zur Lagebereinigung bei unfriedlichen Demonstrationen und Ansammlungen herangezogen. Eine besondere Herausforderung für die Spezialeinsatzkommandos bedeuteten ab Oktober 1981 die Widerstandsaktionen gegen den Bau der Startbahn 18 West am Flughafen Frankfurt am Main. Bei den ersten Einsätzen wurden Besetzer eines selbstgebauten Turmes auf dem Baugelände von SEK-Beamten abgeseilt. Bei der Hüttendorfräumung





am 2. November 1981 und den darauf folgenden massiven Tumulten wurde ebenfalls ein Einschreiten der Spezialeinheiten erforderlich. Weitere Einsätze mit ähnlichen Aufträgen und Aufgaben schlossen sich ab 1985 im Zusammenhang mit dem Bau der Wiederaufbereitungsanlage für Nuklearbrennelemente in Wackersdorf an, am 18. Mai 1986 wurden bei gewalttätigen Protestaktionen 20 Beamte des Nürnberger Spezialeinsatzkommandos durch Steinwürfe zum Teil schwer verletzt. Auch in den folgenden Jahren kamen bei demonstrativen Großlagen im gesamten Bundesgebiet wiederholt zusammengeführte Spezialeinheiten zur Bewältigung unfriedlicher Aktionen zum Einsatz.

Massiven Angriffen ausgesetzt

Die Polizei in Berlin wurde unmittelbar nach den Feierlichkeiten zur Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1990 mit einer Einsatzlage konfrontiert, die in ihrem Ausmaß der Gewalt gegen Polizeibeamte bis heute als einzigartig in der jüngeren Geschichte dieser Stadt zu bewerten ist. Die Räumung von 13 besetzten Häusern durch Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz am 14. November 1990 in der Mainzer Straße im Bezirk Friedrichshain wurde begleitet von einem massiven Bewurf mit Steinen und Molotowcocktails von den Dächern und aus den oberen Etagen. Die Mainzer Straße war an beiden Seiten verbarrikadiert, tiefe Gräben waren ausgehoben worden, um ein

Vordringen der Beamten unmöglich zu machen. Die Kräfte der Spezialeinsatzkommandos aus Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen hatten den Auftrag, unter anderem über die Dächer vorzudringen, und waren dabei in besonderem Maße den Angriffen der Gewalttäter ausgesetzt. Ein damals beteiligter SEK-Beamter bezeichnet diesen Einsatz im Gespräch mit dem Autor als einen der schwierigsten seiner Laufbahn.

Prominente Entführungsoffer

Die Spezialeinheiten waren in den 90er-Jahren in taktische Maßnahmen im Zusammenhang mit einer Reihe von spektakulären Entführungen und Erpressungen eingebunden. Namen von Entführungsoffern wie Jan Philipp Reemtsma und Matthias Hintze sind noch heute mit diesen Delikten verbunden, ebenso wie das Pseudonym „Dagobert“ für den mutmaßlich populärsten Erpresser des Jahrzehnts.

Die Polizei des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen war auch nach dem Gladbecker Ereignis mit Lagen von außergewöhnlicher krimineller Energie konfrontiert. Geiselnahmen am 9. November 1991 in der Commerzbank in Lüdenscheid, am 30. Juni 1992 in der Justizvollzugsanstalt Werl und am 22. Dezember 1999 in der Landeszentralbank in Aachen konnten nur durch Schusswaffengebrauch der Spezialeinsatzkräfte beendet werden.

SEK-Einsatz bei Staatsbesuchen: Beim Besuch von US-Präsident Barack Obama vor wenigen Wochen in Hannover waren Spezialeinsatzkräfte in Schutzmaßnahmen eingebunden. Foto: Holger Hollemann/dpa

Veränderte Sicherheitslage

Die veränderte weltweite Sicherheitslage nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat auch in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Steigerung der polizeilichen Kräfteansätze bei Staatsbesuchen und Gipfeltreffen von internationaler Bedeutung geführt. Beim G7-Gipfel Anfang Juni des vergangenen Jahres auf Schloss Elmau im Landkreis Garmisch-Partenkirchen waren neben Kräften der GSG 9 auch Spezialeinheiten aus insgesamt zwölf Bundesländern in Schutzmaßnahmen eingebunden.

Unverzichtbar

Der Rückblick auf herausragende Einsätze der Spezialeinheiten der Polizei von Bund und Ländern hat gezeigt, dass unterschiedliche Facetten der Gewaltkriminalität in den zurückliegenden Jahrzehnten die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durchaus vor Belastungsproben gestellt hatten. Angesichts der gegenwärtigen Bedrohung durch den islamistisch motivierten Terrorismus sind daher fundiert ausgebildete und modern ausgestattete Spezialeinheiten ein unverzichtbares Mittel der Kriminalitätsbekämpfung.



DGB-Chef bei GdP-Bundesvorstand

Anerkennung zollte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann, der Gewerkschaft der Polizei (GdP) für ihre Erfolge bei den jüngsten Personalratswahlen. Hoffmann (2. v. l.), der die Sitzung des GdP-Bundesvorstandes Anfang Juni in Magdeburg besuchte: „Ich freue mich, dass die GdP insgesamt gut gestärkt aus den Personalratswahlen hervorgegangen ist.“ Die GdP, die 2018 auf eine 40-jährige Mitgliedschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund blicken wird, habe sich in vielen gesellschaftspolitischen Fragen „exzellent positioniert“.



Der DGB-Chef erinnerte an die Rede des GdP-Vorsitzenden Oliver Malchow (2. v. r.) auf dem letzten DGB-Bundeskongress 2014 und an die Haltung der GdP in der Flüchtlingsfrage. Die Polizei insgesamt habe „einen tollen Job“ gemacht, betonte Hoffmann. Mit im Bild die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jörg Radek (l.) und Dietmar Schilff.



Ein weiterer Gast der Magdeburger GdP-Bundesvorstandssitzung war Landespolizeidirektor (LdsPD) Michael Schulze (l.), Leiter des Referats 23 im sachsen-anhaltischen Innenministerium, zuständig für Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung und Medienarbeit. Er vertrat Innenminister Holger Stahlknecht, der wegen eines dringenden Termins im Zusammenhang mit aktuellen innenpolitischen Ereignissen in seinem Land der Einladung des GdP-Bundesvorstands nicht folgen konnte. Fotos (2): Holeczek

COP® SPECIALS

Juli / August 2016

**Gültig vom 20.06. bis 31.08.2016

**MIT SHOPS IN BERLIN
FRANKFURT · LEIPZIG
MÜNCHEN · WIEN**

1 COP® "STAB AE Pro" Stichschutzweste (KR2) mit ballistischen Schutz (NIJ IIA)
Art.-Nr. 9-STABAE SP-Größe
Farbe: schwarz; Größen: S - 3XL
Einlagen aus Aramid / Aramidlaminat,
Hülle aus 100 % Nylon
Gewicht: 2,2 kg (Gr. L)

AKTIONSPREIS!
€ 299,90
statt ~~399,99~~***

KR2

2 Halbschuh MAGNUM® "MPT"
Art.-Nr. 87800745-Größe
Farbe: schwarz
Größen: EU 39 - 48 (US 7 - 15)
keine halben EU-Größen
Gewicht 1 Schuh in Gr. 43: 410 g
Obermaterial: atmungsaktives Nylon mit Einlagen aus Leder.

AKTIONSPREIS!
€ 49,90
statt ~~69,99~~*

Größe US	7	7,5	8	9	10	11	12	13	14	15
Größe EU	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

3 Under Armour® Tactical Vaisetz Stiefel
Art.-Nr. UA1224003B-Größe (beige)
Art.-Nr. UA1224003-Größe (schwarz)
Farbe: beige und schwarz
Größen beige: US 7 - 8 und 9 - 13; 14; 15 (EU 40 - 41 und 42,5 - 47,5; 48,5; 49,5)
Größen schwarz: US 7; 8 - 13 und 14 (EU 40; 41 - 47,5 und 48,5)
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 450 g
Sportlicher, extrem bequemer und ultra-leichter Einsatzstiefel von Under Armour®.

AKTIONSPREIS!
€ 99,90
statt ~~139,99~~*

4 Tactical T-Shirt Under Armour® HeatGear® Compression
Art.-Nr. UA12160075-Größe (schwarz)
Art.-Nr. UA12160070-Größe (oliv)
Art.-Nr. UA1216007B-Größe (beige)
Art.-Nr. UA1216007W-Größe (weiß)

Farben: schwarz, olivgrün, beige, weiß
Größen: S - 3XL; Größen beige: S - 2XL
Material: 82% Polyester, 18% Elasthan

AKTIONSPREIS!
€ 29,90
statt ~~39,99~~*

heatgear®
FÜR HEISSE TAGE
Hält kühl und trocken

COMPRESSION

5 Under Armour® Boxershorts 2er Pack „Performance“ 6 Inch HeatGear®
Art.-Nr. UA12381375-Größe
Material: 90 % Polyester, 10 % Elasthan
Farbe: schwarz
Größen: S - 3XL

heatgear®
FÜR HEISSE TAGE
Hält kühl und trocken

AKTIONSPREIS!
€ 29,90
statt ~~39,99~~*

2er Pack

6 Under Armour® Tactical Basecap „Spade“
Art.-Nr. UA12491695 (schwarz)
Art.-Nr. UA12491690 (oliv)
Material: 97% Baumwolle, 3% Elasthan
Farben: schwarz & oliv; Einheitsgr.

AKTIONSPREIS!
€ 19,90
statt ~~29,99~~*

7 Under Armour® Tactical T-Shirt „Charged Cotton BFL“ HeatGear®
Art.-Nr. UA12398795-Größe
Farbe: schwarz
Größen: S - 2XL
100% Baumwolle

AKTIONSPREIS!
€ 19,90
statt ~~29,99~~*

8 Under Armour® Sporttasche „Undeniable X-Large Duffel“
Art.-Nr. UA12618345
Größe: 43 x 89 x 41 cm
Material: 100% Polyester

AKTIONSPREIS!
€ 39,90
statt ~~59,99~~*

97 l

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. *** ehemaliger Verkaufspreis
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Juni bis 31. August 2016

Verwand in Österreich über den Shop in Wien: www.cop-shop.at

Follow us at:
www.facebook.com/copgmbh
www.youtube.com/user/copgmbh

www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

Deutscher Anwaltverein und Gewerkschaft der Polizei erörtern Positionen und finden Gemeinsames

Sie wollten sich doch einmal kennenlernen, sagten der Präsident des Deutschen Anwaltvereins (DAV), Ulrich Schellenberg, und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, bei einem Meinungsaustausch Ende Mai in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle. Schließlich, so stellten beide fest, hätten Anwälte und Polizei durchaus gemeinsame Interessen.

Das würde zwar in der Öffentlichkeit nicht unbedingt so wahrgenommen, doch zeige sich dies beispielsweise in dem festen Glauben an die Funktionalität des Rechtsstaates.

Schellenberg, in Begleitung des DAV-Hauptgeschäftsführers Dr. Cord Brüggemann und dessen Stellvertreters und Pressesprechers Swen Walentowski, betonte, dass auch Anwälte zunehmend über grassierende Respektlosigkeit und spürbaren Autoritätsverlust klagten.

Der anwaltliche Rat werde immer häufiger in Frage gestellt. Es gebe stets jemanden, der es besser zu wissen glaube. Dieses Phänomen sei der Polizei keineswegs fremd, stimmten Malchow und der Leiter der Abteilung Recht und Kriminalpolitik in der GdP-Bundesgeschäftsstelle, Sascha Braun, den Anwaltsvertretern zu. Malchow sagte, er könne sich an kaum ein Gespräch mit einem Politiker erinnern, in dem er nicht darauf hingewiesen hätte, wie sehr sich der Umgang vieler Bürger mit ihrer

Polizei ins Negative gewendet hätte. Besonders deutlich stelle sich dies in der teils hemmungslosen Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten dar.

Dann passiert nichts!

Besorgt zeigten sich die DAV-Präsidenten und die Gewerkschafter über die starken Reibungsverluste im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die Zergliederung staatlicher Behörden. Ungewöhnlich sei es nicht, dass in einer konkreten Situation, wo staatliches Handeln notwendig und vor allem auch erwartet werde, die Behörde sage, sie könne nicht, die andere, sie dürfe nicht. Und unter dem Strich passiere nichts.

Hausrecht und Wildwuchs

Sehr interessiert zeigten sich die DAV-Spitzen an der von der GdP angeführten Problematik des Hausrechts. GdP-Chef Malchow erläuterte den von seiner Organisation dort in zahlreichen Fällen festgestellten Wildwuchs. Offenbar würden private Räume und damit das dort geltende Recht immer weiter ausgedehnt. Dadurch entstehe der Eindruck, dass allen vermeintlichen Regeln Tür und Tor geöffnet würden und Regellosigkeit und Unsicherheit die Folge seien. Der Bürger wisse oft nicht, so Malchow, was er angesichts eines zweifelhaften Hausrechts erdulden müsse. Zudem sei ihm auch meist unklar, an wen er sich mit einer Beschwerde wenden könne. Ganz anders stelle es sich beim Polizeirecht dar. Da gebe es einen klaren Verwaltungsweg, den jede und jeder beschreiten könne, wenn er glaube, ungerecht behandelt worden zu sein.

Angesichts eines breiten gemeinsamen Themenspektrums vereinbarten DAV und GdP den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Geprüft werden solle, auf welchen Feldern man künftig gemeinsam politischen Druck entfachen könne.

mzo



(v.l.) DAV-Hauptgeschäftsführer Dr. Cord Brüggemann, Ulrich Schellenberg, Präsident des Deutschen Anwaltvereins (DAV), Swen Walentowski, stellvertretender DAV-Hauptgeschäftsführer, der Leiter der Abteilung Recht und Kriminalpolitik in der GdP-Bundesgeschäftsstelle, Sascha Braun, und der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow. Foto: Zielasko

Kluges Einsatzkonzept verhindert Eskalation

Massive Gegenproteste bei Dortmunder Rechtsdemo

Mehrere tausend Menschen haben Anfang Juni in Dortmund ein deutliches Zeichen gegen rechtsextremistische Bestrebungen gesetzt und waren dabei einem Aufruf des Bündnisses „Bunt statt Braun“ gefolgt, dem sich neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und den Kirchen auch mehrere Parteien angeschlossen hatten.

Polizeiliche Einsatzkräfte wurden jedoch von etwa 2.500 Angehörigen der linksautonomen Szene, die zum Demonstrationsweg der Rechtsextremisten durchzubrechen versuchten, teils massiv attackiert. Acht Polizisten erlitten leichte Verletzungen. Letztlich sei es dem klugen Einsatzkonzept der Polizei zu verdanken gewesen, dass es nicht zu größeren Auseinandersetzungen gekommen und weitere Verletzten zu beklagen waren, bilanzierte der nordrhein-westfälische Landeschef und stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Arnold Plickert. Rund 5.000 Polizistinnen und Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet waren in der Westfalenmetropole im Einsatz. Ein Bild der Lage machte sich auch der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow. Er begleitete seinen Kollegen Plickert und dessen engagiertes GdP-Team im Einsatzkräfte-Betreuungseinsatz sowie bei der Stippvisite im Lagezentrum. **mzo**



Einsatzleiter Dieter Keil (l.) mit aktuellen Informationen bei einem Besuch der GdP-Delegation im Einsatzlagezentrum der Dortmunder Polizei.

Fotos (3): Stephan Hegger

Arnold Plickert (2.v.l.) und Oliver Malchow im Gespräch mit dem in Dortmund eingesetzten Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei (BFA BePo), Jürgen Herdes (l.). Rechts im Bild der Dortmunder GdP-Vorsitzende Frank Schniedermeier.



Plickert und Malchow informieren sich über den Stand des Einsatzes bei Kölner Kollegen, darunter der NRW-BFA-BePo-Kollege Dirk Mäske (r.).

Wenn der Cop ans Holster greift ...

Der polizeiliche Schusswaffengebrauch in Film und Fernsehen

Von Marcel Müller

Scheinbar endlose Krimiserien und -filme im Fernsehen, aber auch Kinostreifen über kleine und große Verbrechen sind bei den Zuschauern bekanntlich beliebt. Seit Jahren nimmt dieses Genre zu, denn es bringt TV-Quote und viele Kinobesucher. Regelmäßig kommen in den Filmen Waffen zum Einsatz, denn die Polizei trifft oftmals auf „schwere Jungs“. Die Kehrseite: Durch das permanent gezeigte fiktive Geschehen wird ein gewisses Bild in der Bevölkerung geprägt. Das Übermaß an Schusswaffen im Kampf gegen die schwere Kriminalität führt bei den Konsumenten zu einer Verzerrung der Polizeiarbeit und dem Straftatenaufkommen in Deutschland. Denn jeder hat gewisse Vorstellungen von der Polizei und ihrer Arbeit – zumindest glaubt er diese zu haben. Die Frage ist, inwiefern dieses Bild mit der Realität im Einklang steht.

Zu den meisten actionreichen Hollywood-Produktionen gehört mindestens eine Schießerei, doch auch im sonntäglichen „Tatort“ wird geschossen, verhaftet, gestanden und gestorben, wie nirgends im realen deutschen Kriminalitätsgeschehen. Der Umgang mit der Waffe scheint, so wird es zumindest in Film und Fernsehen suggeriert, zum Polizeialltag zu gehören wie das morgendliche Zähne putzen.

Die wirklichen Polizeieinsätze sprechen jedoch eine ganz andere Sprache: 2013 wurden deutschlandweit lediglich 0,9 Prozent der polizeilichen Schüsse auf Menschen abgegeben. Die übergroße Anzahl aller polizeilichen Schusswaffeneinsätze in Deutschland (etwa 10.000 jährlich) findet dementsprechend fast ausschließlich gegen Tiere, beispielsweise nach einem Wildunfall, statt. In Film und Fernsehen jedoch vergeht keine Schicht, in der die „Cops“ ihre Waffe im Holster lassen. Auch die eindrucksvolle Pumpgun darf in keinem guten US-Streifen fehlen. In der Realität wird auch in den USA mit dieser Repeaterflinte kaum geschossen, da allein aufgrund des charakteristischen Durchladegeräuschs und dem damit verbundenen Drohpotenzial die Mehrheit der kritischen Einsätze ohne tatsächlichen Waffengebrauch beendet werden können. Die deutsche Polizei verfügt über eine solche Waffe ohnehin nicht. Generell sind Schusswaffen, welcher Art



auch immer, in Film und Fernsehen omnipräsent; selbst in Situationen, in denen keinerlei Rechtsgrundlage für einen Schusswaffengebrauch besteht.

Pfefferspray nur selten im TV-Einsatz

In diversen Filmproduktionen wird die Waffe auf den Täter gerichtet, um von diesem wichtige Informationen zu erhalten und die polizeilichen Ermittlungen vorantreiben zu können. Die Schusswaffe ist hierbei das häufigste Druckmittel, der Teleskopschlagstock

oder das Pfefferspray hingegen kommen nur selten zum Einsatz. Hierin liegt nicht nur ein Verstoß gegen das Folterverbot nach Paragraph 136a Strafprozessordnung (StPO), sondern auch gegen die Polizeigesetze der Bundesländer sowie diverse Dienstvorschriften, die eine Androhung des Schusswaffengebrauchs nur in solchen Fällen gestatten, in denen der Gebrauch als solcher auch rechtmäßig ist. Zudem wird ein äußerst martialisches und aggressionsgeladenes Bild der ermittelnden Beamten erzeugt. Dem Polizeibe-

Inspector „Sledge Hammer“ nannte in der gleichnamigen US-amerikanischen Fernsehserie seine Dienstwaffe „Susi“. In der Parodie auf Filme wie „Dirty Harry“ lebt Hammer seine Faszination für Gewalt und Waffen leidenschaftlich aus.

Foto: dpa

amten (häufig in Form des verdeckten Ermittlers, eher selten in Gestalt des Streifenpolizisten) werden kriegerische Eigenschaften zugeschrieben, die sich zumindest unbewusst auf die Vorstellungen der Zuschauer auswirken.

Das Bild des Sozialarbeiters in Uniform wird in Filmen oder



Krimiserien kaum bis gar nicht erzeugt, stattdessen regelmäßig das Image des harten Kriminalitätsbekämpfers gepflegt: „Toto und Harry“ (SAT. 1) bilden in der Medienlandschaft somit eher die Ausnahme als die Regel.

Amerikanische Verhältnisse

In Hollywood-Produktionen handelt es sich zwar häufig um Darstellungen der amerikanischen Polizei, doch ist nicht ausgeschlossen, dass der Zuschauer diese Darstellung auf hiesige Verhältnisse überträgt. Auch die meist starke Überzeichnung von Handlungen und Figuren schließen eine Beeinflussung der Bevölkerung nicht aus, denn eine Unterscheidung zwischen Medienrealität und sozialer Wirklichkeit werde beim Bürger kaum noch vollzogen. Dieser glaube aus dem Fernsehen zu wissen, wie Polizei sich verhält, und wird dementsprechend bei einem persönlichen Kontakt mit (der) Polizei das eigene Handeln ausrichten“, so Ruth Linssen von der Fachhochschule Münster. Der Soziologe und Kriminologe Joachim Kersten sagt, dass „dieser Effekt der emotionalen Verwechslung von Fiktion und Wirklichkeit (...) bei erfolgreichen Serien ein Massenphänomen (darstelle)“.

Verzerrtes Bild

Die Menschen gehen folglich davon aus, dass der Polizist von seiner Schusswaffe Gebrauch machen muss, da es das Kriminalitätsaufkommen ihm gebiete. Damit verbunden kommt es zu einer weiteren Nebenwirkung: Dem verzerrten Bild über das Kriminalitätsgeschehen sowie daraus resultierend das subjektive Sicherheitsgefühl. Anders als bei Toto und Harry zeigen die Fälle aus Hollywood eher sensations-trächtige Schwerestrafkriminalität anstatt das polizeiliche Alltagsgeschäft. Die Mehrzahl der TV-Ermittler hat es mit Schwerverbrechern der organisierten Kriminalität zu tun. Dem Zuschau-



Bei der RTL-Serie „Alarm für Cobra 11“ fackeln die „Kommissare“ nicht lange.

Foto: Rolf Vennenbernd/dpa

er wird suggeriert, dass das Gros an Straftaten aus Verbrechen wie Entführungen, Geiselnahmen, Mord, Drogen, Waffen- oder Menschenhandel besteht. Ein Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) offenbart jedoch, dass dies nicht der Fall ist: Diebstahlsdelikte machen knapp die Hälfte der registrierten Kriminalität aus, Straftaten gegen das Leben weniger als 0,1 Prozent der bekannt gewordenen Taten.

Reger Schusswechsel

Doch nicht nur die Ermittler, sondern auch das polizeiliche Gegenüber macht im Fernsehen rege von seiner Schusswaffe Gebrauch und scheut sich nicht, auf Opfer oder Gesetzeshüter zu schießen. Auch hier zeigt sich anhand der PKS-Zahlen, dass in Deutschland Straftaten mit Schusswaffenverwendung eher selten sind: Von knapp sechs Millionen registrierten Straftaten im Jahre 2013 wurden weniger als 5.000 mit einer Schusswaffe verübt. Darunter fallen auch Schusswaffenverwendungen, bei denen die Täter „lediglich“ mit der Anwendung der Schusswaffe gedroht haben, das heißt bei denen nicht geschossen wurde. Da sich neben weiteren Faktoren, die an dieser Stelle

nicht weiter vertieft werden sollen, auch das Image sowie das Kompetenzprofil der Polizei auf das subjektive Sicherheitsgefühl des Bürgers Einfluss haben, sind negative Auswirkungen auf dieses aufgrund der oben geschilderten Überrepräsentanz von Schwerestrafkriminalität in Film und Fernsehen nicht unwahrscheinlich. Auswirkungen über die Vorstellung von Kriminalität beziehungsweise das vermeintliche Wissen über Kriminalität in der Bevölkerung sind als wahrscheinlich anzusehen, was der Bürger bei einer Verkehrskontrolle nicht selten mit dem Satz „Kümmern Sie sich lieber um Mörder und Vergewaltiger“ offenbart – ungeachtet dessen, dass im Straßenverkehr weitaus mehr Menschen ums Leben kommen als durch Straftaten.

Trefferbild und Treffsicherheit in Film und Fernsehen

Wie bereits erläutert, sind in den meisten Hollywood-Filmen oder US-Krimiserien die Waffen der Beamten omnipräsent, das heißt eine aufregende und nervenzerreibende Schießerei darf in keinem Falle fehlen. Häufig sehen sich die Ermittler einem Drogenkartell oder einem Schleuserring gegenüber,





Training an der Dienstwaffe.

Foto: Ulrich Baumgarten/dpa

dem sie nicht nur zahlenmäßig, sondern auch waffentechnisch weit unterlegen sind. Doch ist dies für die Gesetzeshüter in der Regel kein Problem, denn was das Gegenüber an Mann- und Waffengewalt darbietet, machen die Ermittler mit Scharfsinn, Reaktionsfähigkeit und Treffsicherheit wett. Auch wenn es vereinzelt zu Verlusten in den eigenen Reihen kommt oder ein paar Schüsse ihr Ziel verfehlen: Im Ergebnis gehen meist die Guten als Sieger vom Platz. Durch dieses Szenario wird erneut ein martialisches, wenn nicht gar heldenhaftes Image der Beamten erzeugt, das zumindest in bestimmten Situationen zur Übertragung von handlungsrele-

vanten Erwartungen des Bürgers auf die Polizei führen kann.

„Taffe Mädels“ und „Bad Boys“

Unter den Hollywood-Ermittlern bilden weibliche Darsteller noch immer die Ausnahme. Selbst in Produktionen, in denen weibliche Beamte zum Zuge kommen, weisen diese in aller Regel männlichkeitsdominierende Charakterzüge auf und sind schwer bewaffnet. Doch eine nähere Analyse über die Ausgestaltung der weiblichen Charaktere in Film und Fernsehen würde an dieser Stelle zu weit führen. Egal, ob männlich oder weiblich, die Schützen zeichnen sich gewöhnlich durch ein hervorragendes Trefferbild aus. Der FBI-Agentin Sarah Ashburn in „Taffe Mädels“ ge-

lingt es trotz Stichverletzung am Bein sowie nach vorangegangener Hast durch nahezu das komplette Krankenhaus in letzter Sekunde, den Verbrecher mit einem Schuss in die Genitalien außer Gefecht zu setzen. Nicht weniger beachtlich ist die Tatsache, dass ihr dies sogar in der Bewegung gelingt, denn während der Schussabgabe rutscht sie gerade noch in das Krankenzimmer hinein und kommt erst am Türrahmen zum Liegen. Auch in „Bad Boys – Harte Jungs“ sprintet Detective Mike Lowrey bei der Verfolgung von Entführern durch mehrere Straßenblocks, die Waffe selbstverständlich in der Hand oder im Anschlag der entschlossenen Schießhaltung, und ist dennoch in der Lage, einen gezielten Schuss abzugeben.

Maßlose Übertreibung

Dies ist unter realen Bedingungen äußerst unwahrscheinlich, denn der Schütze ist aufgrund des vorangegangenen Sprints außer Puste, was eine ruhige Führung der Schusshand und somit ein klares Trefferbild, sogar beim Schießen auf Ziele im unmittelbaren Nahbereich, in der Regel unmöglich machen. Hinzu kommt, das Trefferbild würde aufgrund der mit der Situation einhergehenden Erregung, dem Leistungs- und Erfolgsdruck sowie der Angst des Beamten unter realen Einsatzbedingungen höchstwahrscheinlich zusätzlich negativ beeinträchtigt. In dem Film „Police Story“ schießt Captain Zhong Wen von der chinesischen Polizei einem Geiselnnehmer einhändig „souverän“ in den Kopf, obwohl dieser die Geisel vor seinen Körper bringt und ihr ein Teppichmesser an den Hals hält. Angesichts der Tatsache, dass sich das Messer bereits im Bereich der Halsschlagader des Opfers befindet, bleibt Captain Zhong Wen nicht genug Zeit für einen visierten Schuss, weshalb er sich für einen Deuschuss entschließt. In einer solchen Einsatzsituation ist aufgrund der Gesamtumstände sowie der daraus resultierenden psychischen Belastung des Polizeibeamten die Abgabe eines solch gezielten Schusses beziehungsweise eine solche Treffsicherheit mittels „einfacher“ Handfeuerwaffe nahezu unmöglich. Auch wenn dem Zuschauer klar ist, dass es sich bei diesen Darstellungen lediglich um Überzeichnungen handelt, können viele „schlichte Geister (...) Fiktion und Wirklichkeit nicht auseinander halten“, wie Kersten feststellt. Dadurch kommt es zu einer maßlosen



Überschätzung der Fähigkeiten und Fertigkeiten eines Schutzmannes im Umgang mit seiner Dienstwaffe.

Diskussion in Foren

Kommt es nun bei Schusswaffeneinsätzen nicht zum gewünschten Erfolg oder gar zu einer Verletzung unbeteiligter Dritter, herrscht regelmäßig Ungläubigkeit hierüber in der Bevölkerung.

Der Bürger kann aufgrund seiner Hollywood-Konditionierung nicht fassen, dass der Beamte trotz entsprechender Schießausbildung und dem vermeintlich regelmäßigen Gebrauch seiner Schusswaffe das Ziel tatsächlich verfehlte. Dies spiegelt sich regelmäßig in diversen Foren und Artikeln wider, nachdem ein solcher Fall in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Im oberbayrischen Burghausen wurde im Juli 2014 bei einer Festnahme ver-

sehtlich ein Drogenhändler erschossen, was im Internet unter anderem zu folgenden Kommentar führte: „Wenn es nicht so traurig wäre, dann müsste man laut lachen über die Fähigkeiten unserer Polizei. Da schießt ein Polizist in Zivil auf einen Flüchtigen. Er soll auf die Beine zielen, aber trifft aus nur fünf Metern den Hinterkopf des Mannes“.

Sicherlich mögen sich weitere Faktoren auf das Meinungsbild des Autors ausgewirkt haben. Dennoch wird anhand dieses Beitrages deutlich: In der Bevölkerung herrscht die Vorstellung vor, dass der Umgang mit Schusswaffen ein Leichtes sei und das Verfehlen eines Ziels bei kurzer Distanz lediglich dem persönlichen Versagen des Polizeibeamten zuzurechnen ist. Hierbei handelt es sich um eine Vorstellung, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine mediale Konditionierung zurückzuführen ist. Denn wo sonst – außer in Computerspielen oder in Film- und Fernsehproduktionen – wird der Otto-

Normalverbraucher in seinem Alltag mit Schusswaffen konfrontiert? Über die Realität, die meist anders aussieht, was unter anderem aus Pressemitteilungen wie „Polizei schießt 20-mal auf Pitbull und trifft Menschen“ hervorgeht, herrscht aufgrund der medialen Konditionierung indes Erstaunen und Unverständlichkeit. Aufgrund der überaus großen Präsenz und der vermeintlichen Alltäglichkeit polizeilicher Schusswaffeneinsätze (gegen Personen) ist der Bevölkerung offenbar nicht bewusst, dass es sich hierbei um Ausnahmesituationen handelt und nicht, wie im Fernsehen vorgelebt, um Routineeinsätze. Ein weiterer Gesichtspunkt, der in Film und Fernsehen außer Acht gelassen wird, jedoch einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Trefferbild der Schützen hat, ist der mit dem Schuss einhergehende Rückschlag. Dieser scheint von der Bevölkerung oftmals verdrängt zu werden, da Hollywood-Cops hiermit schließlich problemlos umgehen können. >

Anzeige

LEISTUNG und QUALITÄT ZUM RICHTIGEN PREIS

Wenn Sie am Tatort eintreffen, denken Sie nicht an den Ingenieur hinter Ihrer Taschenlampe. An den, der sich der ständigen Weiterentwicklung von Beleuchtungstechnik verschrieben hat, dessen praktische Erfahrung zu dem industrie-spezifischen Design und der Funktionalität des Produkts beiträgt, und dessen Einfallsreichtum es uns erlaubt, Ihnen ein Premium-Produkt zum BESTEN PREIS-LEISTUNGS-VERHÄLTNIS anzubieten.

Sie müssen überhaupt nicht über Ihre Taschenlampe nachdenken. Weil es eine STREAMLIGHT ist.

Vertrieben von **Hofmann** **STREAMLIGHT**
helmuthofmann.de

001.610.631.0600 CONNECT WITH US WWW.STREAMLIGHT.COM

STINGER LED HL®
640 LUMEN AUF HOCH
4 STUNDEN BETRIEBSDAUER
AUF NIEDRIG
WIEDERAUFLADBAR

STRION LED HL®
HL
500 LUMEN
WIEDERAUFLADBAR

SCORPION HL®
HL
725 LUMEN
SPEZIELL ENTWICKELTER
GUMMIGRIFF

TLR-1 HL®
HL
800 LUMEN

©2015 STREAMLIGHT, INC.
C4 LED





Marcel Müller war nach dem Studium an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung zunächst beim Polizeipräsidentium (PP) Westhessen als Sachbearbeiter im Wach- und Streifendienst tätig, danach beim PP Frankfurt am Main in einer operativen Einheit sowie in der Ermittlungsgruppe des 3. Polizeireviers. Aktuell ist er im Stabsbereich Prävention für den Fachbereich Verkehrsprävention zuständig. Neben seiner beruflichen Tätigkeit hat das Mitglied der JUNGEN GRUPPE (GdP) an der Ruhr-Universität Bochum „Kriminologie und Polizeiwissenschaft“ studiert. Foto: privat

Das Blut spritzt ... der Körper wird nach hinten katapultiert ...

Zu einem jeden Hollywood-Streifen und einem jeden Krimi gehören neben der Schussabgabe selbstverständlich auch die (vermeintlich) damit einhergehenden Effekte. Im Film erkennt der Schütze meist an dem qualvollen Aufschreien sowie dem Spritzen des Blutes beim Eintritt der Patronen in den Körper, dass er sein Gegenüber (tödlich) erwischt hat. Der Getroffene wird darüber hinaus infolge der Wucht des Einschlags der Geschosse meist nach hinten gerissen. In „Lakeview Terrace“ wird der übergeschnappte Officer Abel Turner gegen Ende des Films von Kollegen des Sheriff's Departments erschossen. Es ist deutlich für alle Anwesenden erkennbar, dass dieser von den Patronen der Einsatzbeamten getroffen wird, da er infolge der Wucht des Einschlags der Geschosse nach hinten geworfen wird und anschließend zu Boden fällt. In „Bad Boys II“ wird dieser vermeintliche Effekt sogar noch überspitzt dargestellt: Die von Detective Mike Lowrey und Detective Marcus Burnett bei einer

Straßenschießerei getroffenen Verbrecher fliegen theatralisch nach hinten; einer hebt regelrecht ab, bevor er über die Motorhaube seines Fahrzeugs nach hinten geschleudert wird.

Aufgrund solch vermeintlicher physikalischer Reaktionen ist ein Trefferbild für die Polizisten in Film und Fernsehen jederzeit eindeutig erkennbar, doch wie sieht es mit solchen Phänomenen in der Wirklichkeit aus? Das Erkennen einer Trefferwirkung ist unter realen Einsatzbedingungen für die Beamten kaum auf Anhieb möglich. Anders als in der Fiktion wird der Getroffene in der Regel nicht infolge des Aufschlags der Profile auf den Körper spektakulär nach hinten geworfen. Hinzu kommt, dass alle Beteiligten, das heißt sowohl die eingesetzten Beamten als auch das polizeiliche Gegenüber, stark unter Stress und Adrenalin stehen. Meist kann durch das Eindringen der Profile in den Körper das polizeiliche Gegenüber, das aufgrund des Adrenalinpegels oder dem Konsum berauschender Mittel wie Alkohol oder

Erst nachdem der Adrenalinhaushalt im Anschluss an das Gefecht langsam wieder sinkt, realisieren die Beamten und das polizeiliche Gegenüber, dass dieses (eventuell mehrfach) getroffen wurde. Dies führt nicht selten dazu, dass einige der Beamten in einer solchen Stresssituation ihr ganzes Magazin verschießen. Trotz des eigentlichen Wissens um das Nichtvorhandensein der zuvor beschriebenen Hollywood-Effekte in der Realität kann zumindest eine unterbewusste Konditionierung infolge der gegenwärtigen medialen Darstellungen in Bezug auf die Trefferwirkung nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Dies hat auch Folgen auf den Bürger, der über Pressemitteilungen wie „Mit 13 Polizeikugeln wurde ein Student in Regensburg erschossen. Was bleibt, sind Fragen – und die Forderung nach Aufklärung“ aufgrund seiner medial geprägten Vorstellungen beziehungsweise aufgrund des daraus resultierenden „Wissens“ über



„Polizeiliche Tätigkeit hat (...) mit dem, was im (Fernsehen) geschieht, oft ungefähr so viel zu tun wie Bugs Bunny mit dem Leben von Feldhasen“, mahnt der Kriminologe Joachim Kersten. Foto: Paul Zinken/dpa

Drogen häufig zunächst „schmerzresistent“ ist, noch nicht einmal zum Stehenbleiben bewegt werden. Dieses geht unter Umständen trotz Treffern weiter auf die Beamten zu und ist nicht von seinem Vorhaben abzubringen.

Auch spritzt durch das Eindringen der Munition in den Körper nicht zwangsläufig Blut durch den Raum, so dass jeder der Anwesenden eindeutig erkennt, dass ein Treffer erzielt wurde.

Schusswaffeneinsätze nur den Kopf schütteln kann. Auch das durch Hollywood erzeugte Männlichkeitsbild der Polizei könnte beim Bürger zum (Trug-)Schluss führen, dass die Beamten lediglich aufgrund ihres martialischen Habitus sowie dem damit einhergehenden Dominanzstreben 13-mal auf den Studenten schossen. An dieser Stelle wird sehr deutlich, wie sehr das Image der Polizei durch die Action geladenen Bilder Schaden nehmen kann.





Der amerikanische Schauspieler Will Smith als Drogenfahnder der Miami Police in dem Film „Harte Jungs – Bad Boys“. Foto: dpa

Die Waffe und der Schusswaffengebrauch

Viele Hollywood-Ermittler scheinen ihre Waffen zu lieben und mit diesen eine enge „Freundschaft“ zu teilen. Nicht selten verfügen sie auch privat über diverse Vorräte an Waffen und Munition – nur für den Fall der Fälle. Der Einsatz der Waffe scheint deshalb sowohl psychisch als auch physisch prinzipiell kein Problem für die Hollywood-Beamten darzustellen – weder vor noch nach Abgabe des Schusses. Psychische Folgen, beispielsweise in Form einer posttraumatischen Belastungsstörung, gibt es nur in sehr seltenen, Dramaturgie bedingten Fällen. Nach Einsatzende, das heißt in aller Regel nachdem das polizeiliche Gegenüber tödlich oder zumindest schwer verletzt wurde, sitzen die Beamten im Krankenwagen beisammen und lachen bereits wieder über den jüngst abgeschlossenen Fall. Hinzu kommt, dass die Beamten meist von den Kollegen gefeiert werden. Ihnen gegenüber wird nicht lediglich Respekt bekundet, sie werden vielmehr zu einer Art Heldenfigur erhoben.

Die Realität ist eine andere

Doch wie sieht die Realität aus? Die Polizisten sind nach dem Gebrauch ihrer Schutzwaffe zunächst Beschuldigte im Strafverfahren, die vorerst ihre Waffen abgeben müssen und gegebenenfalls bis zum Abschluss der Ermittlungen

vom Dienst suspendiert werden – auch wenn sie innerhalb der Rechtsgrundlagen gehandelt haben. Hieraus können sich erhebliche psychische Folgen für die Beamten ergeben. Doch auch der Schusswaffeneinsatz selbst birgt meist fatale (psychische) Folgen: Viele Polizisten machen sich Vorwürfe und haben Schuldgefühle, sie stellen sich häufig immer wieder die Frage, ob sie die Situation nicht auch anders hätten lösen können. Von Respekt, Stolz oder Heldentum ist weder bei den Schützen noch bei den Kollegen die Rede.

Ein Leben lang traumatisiert

Knut Latscha von der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg zeigte in seiner empirischen Untersuchung zu posttraumatischen Belastungsstörungen von bayerischen Polizeivollzugsbeamten, dass diese nach dem Gebrauch ihrer Schusswaffe einem fünf Mal höheren Erkrankungsrisiko unterliegen als dies ohnehin bereits der Fall ist (zum Beispiel aufgrund eines Leichenfunds oder tödlichen Verkehrsunfalls). Der Polizeibeamte Oliver Tschirner hat in seiner Masterarbeit an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup herausgearbeitet, dass „viele Polizisten (nach dem tödlichen Gebrauch ihrer Schusswaffe) ein Leben lang traumatisiert sind. Nur ein Drittel kehre bald in den Dienst zurück. Beim zweiten Drittel gelten die Folgen als langwierig, oft müssen die Kollegen (in den) Innendienst (versetzt werden). Das letzte Drittel leide fortwährend und sei lange therapiebedürftig.“ Aufgrund des „Wissens“ über die Polizei, dass sich infolge des

Medienkonsums in der Bevölkerung rasch verbreitet hat, haben viele Bürger keinerlei Vorstellungen über die wirklichen Folgen und das tatsächliche Ausmaß eines Schusswaffeneinsatzes auf die betroffenen Beamten sowie deren Familienangehörige.

Unter dem Strich

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Medien kein immanentes Interesse daran haben, Realitäten möglichst wahrheitsgemäß abzubilden. Dies bezieht sich sowohl auf die Wahrung von Recht und Gesetz im Umgang mit (Schuss-)Waffen als auch auf das Waffenhandling als solches. Weder die Fähigkeiten der Schützen noch die Erkennbarkeit der Trefferwirkung in Film und Fernsehen sind mit der Realität in Einklang zu bringen – von den psychischen Folgen eines solchen Schusswaffengebrauchs ganz zu schweigen. Die Schusswaffe ist in der (deutschen) Realität glücklicherweise ein weitaus selteneres Einsatzmittel als dies in Film und Fernsehen dargelegt wird. Zusätzlich stellt die Schussabgabe ausschließlich den „finalen“ Teil des Umgangs mit der Dienstwaffe und der Eigensicherung dar. Darüber hinaus hat die regelmäßige Hervorhebung der Schusswaffe weitreichende Konsequenzen auf das Image der Polizei auch hierzulande, der infolge dessen in hohem Maße kämpferische und machohaftige Eigenschaften zugeschrieben werden. Weiterhin ist in den Medien in der Regel kein Platz für „einfache“ Kriminalität: Nahezu alle Filme und Serien beschäftigen sich mit der Bekämpfung von Schwerstkriminalität, was ein verzerrtes Bild über das tatsächliche Kriminalitätsaufkommen zur Folge hat. Wie bereits erläutert, ist trotz der dramaturgischen Übertreibungen sowie der überwiegenden Darstellung der amerikanischen Polizei eine Übertragung auf deutsche Verhältnisse nicht ausgeschlossen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Hollywood ebenso seine Wirkung entfaltet, wie der „Tatort“ in der ARD dies vermag.

Da Fiktion und Wirklichkeit im Zusammenhang mit dem polizeilichen Schusswaffengebrauch aufgrund der medialen Darstellungen häufig verschwimmen, mahnt der Kriminologe Kersten: „Polizeiliche Tätigkeit hat (...) mit dem, was im (Fernsehen) geschieht, oft ungefähr so viel zu tun wie Bugs Bunny mit dem Leben von Feldhasen.“



POLIZEI IN STAAT UND GESELLSCHAFT

Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge

Von **Bernhard Frevel (Hrsg.)**.

1. Auflage 2015

Umfang: 208 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 24,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0766-6

Dieses studienbegleitende Lehrbuch stellt die politikwissenschaftlichen und soziologischen Grundlagen für die Polizeiarbeit dar. Während die Politikwissenschaft Analysen bereitstellt, um die Polizei und ihr Handeln zu verstehen, bietet die Soziologie unverzichtbares Hintergrundwissen, um die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse für die Gewährung von Sicherheit und Ordnung zu erfassen und als Polizei hierauf zu reagieren.

In zehn Kapiteln beschreiben die Autorinnen und Autoren, die an polizeiausbildenden Hochschulen und Akademien lehren, die sozialwissenschaftlichen Fragestellungen mit stetem Bezug zur Rolle, Funktion und Organisation der Polizei sowie zu den politischen Bedingungen und Anforderungen an polizeiliches Handeln in Deutschland.

Der politikwissenschaftliche Teil befasst sich mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland, einer Politikfeldanalyse der Inneren Sicherheit, dem politischen Extremismus und Terrorismus und der Europäisierung der Inneren Sicherheit.

Eine Einführung in die Soziologie der Polizei leitet den soziologischen Teil ein. Weiterhin werden die Sozialstruktur Deutschlands, das polizeiliche Handeln im urbanen Raum und soziologische Fragen zu Polizei und Gewalt betrachtet. Abgerundet wird das Buch mit einem Überblick über die Geschichte der deutschen Polizei und einem Beitrag zum Thema Polizei als Beruf.



DER HERAUSGEBER

Dr. rer. soc. Bernhard Frevel, Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW sowie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

GdP-Experten erörtern Notwendigkeit wasserschutzpolizeilicher Aufgabenkritik

Mit einer randvollen Tagesordnung beschäftigte sich der Bundesfachausschuss Wasserschutzpolizei (BFA WaPo) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf ihrer zweitägigen Sitzung Mitte Juni in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Nach einem gewerkschaftspolitischen Lagebericht des für den WaPo-Bereich im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständigen Kollegen Rüdiger Seidenspinner nahmen die Wasserschutzpolizei-Experten sofort Kurs auf drängende Fragen. Engagiert wurde darüber diskutiert, ob beispielsweise eine Neuausrichtung wasserschutzpolizeilicher Aufgaben notwendig sei, und wie es mit dem polizeilichen Wasserschutz angesichts veränderter politischer Lagen überhaupt weiter gehen solle.



Fotos (2): Zielasko



Vorangetrieben wurde zudem das Abarbeiten wasserschutzpolizeilicher Beschlüsse des letzten GdP-Bundeskongresses 2014. So hatten die Delegierten sich dafür ausgesprochen, dass alle Wasserschutz-Bediensteten des Bundes und der Länder mit einer sogenannten „1. Garnitur“ der Uniform (seemännischer Schnitt beziehungsweise Dienstgradabzeichen) ausgestattet bleiben oder werden. Weiterhin debattierten die Bundesfachausschussmitglieder, mit welchen Schritten und Maßnahmen, der Delegiertenauftrag, die Maritime Sicherheit als starken Verbund unterschiedlicher Akteure, insbesondere der Wasserschutzpolizeien der Länder sowie der Bundespolizei See und dem Zoll, aufrecht zu erhalten, befördert wird.

Dem Bestand der maritimen Polizeien in Bund und Länder müsse, so bekräftigten die GdP-Wasserschützer, höchste Bedeutung beigemessen wer-

den. Die Ausstattung in personeller, wie technischer Hinsicht sei dabei ausschließlich an den Aufgaben und nicht an finanziellen Vorgaben zu orientieren. Die Sicherheit auf deutschen Wasserstraßen, insbesondere im Zusammenhang mit den zwischen Bund und den Ländern vertraglich geschlossenen Vereinbarungen über die Ausübung der schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben müsse auf hohem Niveau gewahrt bleiben. Das könnten nur die Wasserschutzpolizeien garantieren, appellierte der BFA-WaPo-Vorsitzende Dierk Stahl. Dagegen stünden aber Bestrebungen der Politik, Personal und Ausstattung fortlaufend zu reduzieren

Erörtert wurden zudem Vor- und Nachteile eines sogenannten Automatic Identification Systems (AIS), das der automatischen Schiffsidentifizierung dient, sowie die Folgen der Senkung der PS-Schwelle für Sportboote einer-

seits und der geplanten Ausweitung der Charterschein-Regelung (führerscheinfreies Fahren von Sportbooten) andererseits. **mzo**

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS

Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich! % % %

Telefon: (02207) 76 77 % %

www.fahrzeugkauf.com





CYBERCRIME!
MIT VORSICHT IM NETZ

www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI
DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps
hierzu auf dem [Präventionsportal](#)
der Gewerkschaft der Polizei

Klares Bekenntnis für die Polizei abgeben

Zu einem politischen Positionsaustausch trafen sich Anfang Juni der CDU-Bundestagsabgeordnete Marian Wendt und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sowie der Leiter der Rechtsabteilung des GdP-Bundesvorstandes, Sascha Braun, in den Räumlichkeiten der Bundesgeschäftsstelle der GdP in Berlin.

beider Gesetzesvorschläge würde dem Bundestagsabgeordneten zufolge der Staat ein klares Bekenntnis für seine Polizei und alle übrigen Sicherheits- und Rettungskräfte abgeben.

In dem rund einstündigen Gespräch erörterten der Politiker, der dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages angehört, und die Gewerkschafter die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie die Möglichkeiten des Gesetzgebers, dieses von beiden Seiten strengstens verurteilte Phänomen einzudämmen.



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Marian Wendt (r.) im Gespräch mit Gewerkschaftschef Oliver Malchow.

Foto: Zielasko

Malchow betonte, dass die GdP bereits seit 2010 intensiv für eine Einführung eines Schutzparagraphen 115 in das Strafgesetzbuch werbe. Es gehe vor allem darum, tätliche Angriffe bereits in ihrem Ansatz unter Strafe zu stellen. „Werden Polizistinnen und Polizisten angegriffen, so richtet sich dieser Angriff nicht in erster Linie auf die private Person selbst, sondern auf die Kolleginnen und Kollegen als Vertreter des Staates“, stellte

der Gewerkschaftschef klar. Wendt, seit über zehn Jahren Vorsitzender der Jungen Union Nordsachsen, bekräftigte gegenüber den Gewerkschaftsvertretern sein Vorhaben, auch das Verbreiten beleidigender Kundgaben wie Spruchbänder oder T-Shirts mit dem Aufdruck A.C.A.B. unter Strafe stellen zu wollen. Mit der Umsetzung

Wendt und Malchow verabredeten, ihren Dialog fortzusetzen. Denn das gemeinsame Anliegen, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auch durch das Strafgesetzbuch besser zu schützen, verdiene gemeinsame Anstrengungen.

Sascha Braun

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

Wir helfen denen, die helfen...



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

Unser Behandlungskonzept ist ganzheitlich und geht davon aus, dass sich Körper, Seele und Geist wechselseitig beeinflussen. Entsprechend stimmen wir unsere Therapien individuell auf Ihre Bedürfnisse ab und bieten Ihnen Gespräche, Körper- und Gestaltungstherapien, Entspannungsverfahren, Stressmanagement, Imagination, Meditation und sportliche Aktivitäten an.

Wir unterstützen Sie dabei wieder Zugang zu Ihren Fähigkeiten, Stärken und Ressourcen zu finden und diese für Ihren Heilungsprozess nutzbar zu machen.

Kostenträger:
Private Krankenversicherer, Beihilfe, Polizei, Bundeswehr, Krankenkassen

Spezielle Behandlungskonzepte für

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus-Schwindel und Lärmschäden
- Depressive Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumafolgestörung
- Onkologische und internistische Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622

BUNDESPOLIZEIRECHT

Grundlagenwissen, Würdigungstechnik,
Prüfungsschemata, Klausuren, Lösungen

Von **Marc Wagner**.



3. Auflage 2016

Umfang: 200 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0770-3

Die erfolgreiche Bearbeitung von einsatzrechtlichen Prüfungsklausuren fordert nicht erst in der Laufbahnprüfung fundierte Rechtskenntnisse sowie die Beherrschung gutachterlicher Würdigungstechnik als der für die Klausurniederschrift maßgeblichen Darstellungsform. Bereits in „Zwischenetappen“, den Modulprüfungen, gilt es mindestens das Wissen zu präsentieren, das den Fortgang des Studiums garantiert.

Die Fallsammlung Bundespolizeirecht richtet sich an diejenigen Anwärter für die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei, die Prüfungen im Bundespolizei-, Zwangs- und Strafprozessrecht mit Erfolg absolvieren wollen. Sie bietet:

- Grundlagenwissen: Aufbau von Rechtsnormen, Allgemeines Verwaltungsrecht, Bundespolizei-, Zwangs- und Strafprozessrecht;
- Klausurbearbeitungstechnik: Einführung in die Subsumtions- und Würdigungstechnik;
- Prüfungsschemata: Rechtmäßigkeit von Gefahrenabwehr-, Zwangs- und strafprozessualen Maßnahmen; Erfolgsaussichten Widerspruch gegen Gefahrenabwehr-VA;
- Klausurtaktik: Die Arbeit am Sachverhalt, die rechtliche Bewertung, die Niederschrift („do`s and dont`s“);
- Klausurtraining: Prüfungsklausuren in aufsteigendem Schwierigkeitsgrad mit (studentischen) Musterlösungen.



DER AUTOR

Dr. jur. Marc Wagner, Professor für Allgemeines Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht sowie Einsatzrecht der Bundespolizei an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Politische Augenwischerei

Gute zwei Stunden bevor Bundesinnenminister Thomas de Maizière und sein saarländischer Ressortkollege und amtierender Vorsitzender der Innenministerkonferenz (IMK), Klaus Bouillon, Ende Mai in Berlin die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2015 vorstellten, hatte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) bereits in einer Presseerklärung darauf hingewiesen, dass es in Deutschland nach Einschätzung seiner Organisation wesentlich mehr Straftaten gebe, als es die von Bundesinnenminister de Maizière aber auch für die vergangenen Jahre, ausweise.

Dieses Zahlenwerk liste ausschließlich die der Polizei bekannt gewordenen Taten auf. Nicht in der Statistik zu finden seien daher Straftaten, die entweder nicht angezeigt wurden, oder die die Polizei oftmals aus Personal- und Zeitmangel nicht ermitteln konnten, so zum Beispiel bei der Rauschgiftkriminalität oder den Machenschaften organisierter Verbrecher. Experten zufolge könnte die tatsächliche Zahl der Straftaten bis zu zehnfach höher sein. „Es ist richtig zu behaupten, dass wir in einem ziemlich sicheren Land leben. Dies aber an den Zahlen der PKS festzumachen, ist angesichts des ungefähren Charakters der Statistik politische Augenwischerei“, sagte Malchow gegenüber Pressevertretern in der Hauptstadt.

Jedes Delikt anzeigen

Ohne eine tiefgehende sogenannte Dunkelfeldstudie könnten keine genauen Aussagen über die tatsächliche Kriminalität in Deutschland getroffen werden, so der Gewerkschaftschef. „Neben der viel zu selten abgefragten wissenschaftlichen Analyse von Kriminologen, wäre es weiterhin notwendig, die Bevölkerung zu ermuntern, möglichst jedes Delikt bei der Polizei anzuzeigen.“

Aus Beobachtungen und Erfahrungsberichten wisse die GdP, dass immer mehr Bürger vermeintlich harmlosere Delikte unter den Tisch fallen lasse. Das betreffe vor allem Taten im Bereich der Körperverletzung, Betrugsdelikte sowie einfachen Diebstahl. „Das legt die Polizei ja sowie nur zu den Akten, hören wir dann von Bürgern. Das halten wir für eine fatale Entwick-

lung“, betonte der GdP-Chef. Deutlich werde, dass das Vertrauen der Menschen in das Vermögen der Polizei, auch Alltagskriminalität aufzuklären, weiter sinke. Das bedeute auch, dass Täter immer öfter ungestraft davonkämen und zu weiteren Taten motiviert würden.

Gefühlte Unsicherheit

Es sei höchste Zeit, dass vor allem die Landespolitiker sich angesichts dieses besorgniserregenden Trends klar zu mehr innerer Sicherheit bekennen müssten. Malchow: „Abstrakte Gefahren beispielsweise durch Terrorismus haben erheblich weniger Einfluss auf die Lebensqualität als die gefühlte Unsicherheit in direkter Nähe. Die Sicherheit des direkten Lebensumfeldes definiert sich nicht nur über eine ausreichende Präsenz der Polizei, sondern auch über entsprechende Aktivitäten kommunaler Behörden wie des Ordnungsamtes.“

Wichtig sei es, junge Menschen für die Arbeit bei der Polizei zu begeistern. Das klappe am besten, wenn politische Entscheidungen bewiesen, dass die innere Sicherheit eine hohe Priorität besitze.

„Nagel muss ins Holz“

In einem Gespräch mit der in Baden-Württemberg erscheinenden Tageszeitung „Heilbronner Stimme“ zur Personalsituation bei der Polizei und zur Nachwuchsgewinnung betonte Malchow: „Der von der Gewerkschaft der Polizei jahrelang ausgeübte Druck auf die Politik zeigt jetzt Wirkung. Das ist ein gutes Signal für die Poli-



Der saarländische Innenminister, Klaus Bouillon (r.) und Bundesinnenminister Thomas de Maizière nach der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 in Berlin.

Foto: Kay Nietfeld/dpa

zei. Nicht verschwiegen werden sollte aber, dass die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht diese politische Reaktion erst in Gang setzten, also den Dampf aus dem Kessel ließen. Wir sind froh über jede neue, zusätzliche Stelle für Polizistinnen und Polizisten. Ob deren Zahl dann ausreicht oder nicht, lässt sich aber in einer Moment-



Präventionsmedien der Polizei millionenfach gefragt

aufnahme nicht feststellen.“ Notwendig bleibe es, dass die Politik auf absehbare Entwicklungen reagiere und nicht, wie in den letzten 15 Jahren, erst dann handle, wenn sie nicht mehr anders könne. „In unserem Land gibt es sicherlich genügend für den Dienst in der Polizei qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber. Es ist eine sehr anspruchsvolle, abwechslungsreiche Aufgabe. Ich bin mir auch sicher, dass viele junge Menschen sich dieser Herausforderung an Körper und Geist gerne stellen würden. Ebenso deutlich stellt sich aber die Frage: Ist die Polizei momentan ein attraktiver Arbeitgeber?“, so Malchow.

Die Polizei sei finanziell knapp gehalten worden, war immer wieder gezwungen worden teils überflüssige, wenig sinnvolle Restrukturierungskonzepte umzusetzen, kämpfe häufig mit veralteter Technik, solle aber auf der anderen Seite fast jeden Tag noch höhere Ansprüche erfüllen, die durchaus nicht selten von sachfremden Einflüsterern stammten.

„Da überlegen sich doch sie oder er, ob dieser Arbeitgeber der richtige ist. Die Polizei braucht Rückhalt und Rückendeckung durch die Politik. Ankündigungen allein reichen nicht, der Nagel muss ins Holz. Dazu muss nicht nur Geld ausgegeben werden. Dazu gehört auch, dass Attacken gegen Polizeibeamte als Angriffe auf den Staat gewertet und bestraft werden.“

mzo

Sicherheit steht hoch im Kurs – das merkt die Polizei auch am großen Interesse der Bevölkerung an gedruckten Hinweisen des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK). Die Publikationen beschäftigten sich mit den wichtigsten Kriminalitätsfeldern.

Mehr als vier Millionen Broschüren, Faltblätter oder Plakate aus dem bundesweiten Programm verteilten Polizeibeschäftigte in den Bundesländern im vergangenen Jahr bundesweit an Bürgerinnen und Bürger oder Fachleute. Besonders gefragt waren Themen zu Eigentumsdelikten, Drogenkonsum, Mediensicherheit oder für die Zielgruppe Senioren.

abgerufen wurden. Die speziell für Senioren erstellten Medien gehörten ebenfalls zu den Bestsellern innerhalb des kriminalpolizeilichen Angebots. 399.480 Exemplare von zwei Mitte 2015 veröffentlichten Broschüren sind

Gefragte Tipps

Einbruchschutz, Fahrrad- oder Kfz-Diebstahl: Allein zu diesen kriminalpräventiven Aspekten wurden 2015 über 2,07 Millionen Broschüren und Faltblätter entweder an Interessierte abgegeben oder von diesen über das Online-Medienangebot www.polizei-beratung.de bestellt. Gefragt waren auch Tipps der Polizei zur sicheren Internet- und Mediennutzung. Gerade Eltern oder pädagogische Fachkräfte schätzen diese polizeilichen Empfehlungen. Diese Zielgruppen haben entscheidend dazu beigetragen, dass 407.628 Handreichungen, Broschüren oder Medienpakete bundesweit

PROGRAMM POLIZEILICHE KRIMINALPRÄVENTION

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) verfolgt das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und durch die Entwicklung und Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten, die die örtlichen Polizeidienststellen und andere Einrichtungen, zum Beispiel Schulen, in ihrer Präventionsarbeit unterstützen.

Reise & Erholung

CanKick
...prickelnd anders

TOP ANGEBOT
1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x UF/Pension DU-WC
Angebot pro Person
nur € 149,-

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 5252 200 38
info@cankick.at // www.cankick.at

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 178,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

Saar/Mosel – Konz bei Trier (12km)
Internet: www.fewokonz.de

Sanatorium Anders Bad Füssing

Niedrigster Tagessatz € 69,00

Beihilfefähig §30GewO

- Arzt & Behandlung im Haus
- Beh.-Preise nach Beihilfe-VO
- Breites Indikationsspektrum

Rheuma, Schmerzen in Hüfte, Knie, Fuß oder Rücken - wir helfen Ihnen, Ihre Schmerzen zu lindern.

Kostenloses Prospekt:

Tel.: 0 85 31 / 2 40 40

www.KS-Anders.de

Action mit wasser.craft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 118,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste auf einen Blick



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

bei polizeilichen Vorträgen, Veranstaltungen oder über Kooperationspartner weitergegeben worden.

Wichtige Sicherheit

„Die große Nachfrage nach polizeilichen Informationen und Empfehlungen zu verschiedenen Kriminalitätsformen zeigt, wie wichtig Sicherheit für die Bevölkerung ist“, sagt Gerhard Klotter, Vorsitzender der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes. „Die Polizei leistet mit ihren Präventionsmedien einen wichtigen Beitrag dazu, dass

sich jeder auch selbst vor Kriminalität schützen kann. Dabei legen wir als Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes besonderen Wert darauf, dass unsere Medien kostenlos, produktneutral und vor allem für alle ohne Umstände bestellbar sind“, erklärt Klotter. Die Veröffentlichungen des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes werden über (Kriminal-)Polizeiliche Beratungsstellen oder bei Vorträgen, Aktionen oder Messen kostenlos an die Bevölkerung sowie an Fachkräfte, beispielsweise Pädagogen, verteilt. Alle Medien sind ebenfalls online bestellbar unter:

www.polizei-beratung.de/medienangebot.
PM/ProPK

P.S. Auch ein Blick auf das Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei (GdP) lohnt sich: Unter www.polizei-dein-partner.de/ warten zahlreiche Themen rund um die Vorbeugung von Straftaten auf Leserinnen und Leser.

red

**POLIZEI
DEIN PARTNER**
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

PRÄVENTIONSTAG

Unerlässliche Informations- und Kontaktbörse

Als eine für die Polizeiarbeit unerlässliche Informations- und Kontaktbörse hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) den traditionellen Deutschen Präventionstag bezeichnet, der in diesem Jahr Anfang Juni in Magdeburg stattfand. Die Schirmherrschaft hatte der sachsen-anhaltische Ministerpräsident Reiner Haseloff übernommen. Der Deutsche Präventionstag ist der größte europäische Kongress speziell für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche und jährte sich 2016 zum insgesamt 21. Mal. Der GdP-Anlaufpunkt mit Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen sowie einer Standbesetzung aus dem GdP-Tochterunternehmen Verlag Deutsche Polizeiliteratur (VDP) wurde von interessierten Besucherinnen und Besuchern stark frequentiert.



Letzter Check-up vor Beginn der Veranstaltung.

Foto: Sascha Braun

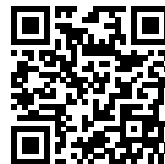
Der Präventionstag thematisierte aus aktuellem Anlass insbesondere die Schnittmengen der (Kriminal-)Prävention mit den komplexen Integration, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Radikalisierung und Demokratiestärkung.

„Auch in diesem Jahr hat unser Verlag Broschüren und Literatur, die insbesondere von Schulen und einzelnen Projekten nachgefragt werden, zur Verfügung gestellt. Unser verlagseigenes Präventionsportal [PolizeiDeinPartner](http://PolizeiDeinPartner.de).

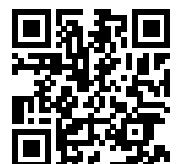
de informierte über alle Präventionsbereiche und Vertreter der GdP standen mit ihrem beruflichen Sachverstand den Kongressbesuchern ausführlich

Rede und Antwort“, zeigte sich der GdP-Bundsvorsitzende Oliver Malchow zufrieden mit der Bilanz der zweitägigen Präventionsmesse. hol

www.PolizeiDeinPartner.de



www.praeventionstag.de



forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

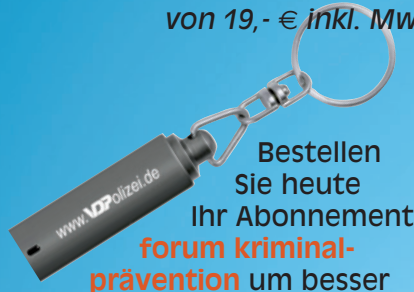


Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser

informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a · 40721 Hilden

Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188

www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

GdP bei Polizeifachmesse GPEC in Leipzig

Reichlich zu tun hatten der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei (BFA BePo) der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jürgen Herdes, und sein Team als Besatzung des attraktiven GdP-Standes auf der dreitägigen Internationalen Fachmesse und Konferenz für Polizei- und Spezialausrüstung „GPEC“ Anfang Juni in Leipzig.

Herdes, als Leiter einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der Polizei Schleswig-Holstein den Einsatz in vorderster Linie gewohnt, traf in der sächsischen Metropole jedoch nicht auf ein eher polizeikritisches Gegenüber, sondern vielmehr auf zahlreiche interessierte Fachbesucher. Zudem freute er sich, auch die Mitglieder des BFA BePo, dort in dienstlicher oder privater Mission unterwegs, begrüßen zu können. Herdes „Das war eine runde Sache. Wir konnten viele Informationen über unsere Forderungslagen und Positionen zielgerichtet weitergeben. Und das auch an Entscheider.“ Das Motto der diesjährigen und insgesamt neunten GPEC lautete: „Von der Aufgabe her denken und ausstatten!“

Die GPEC (General Police Equipment Exhibition & Conference) ist dem Veranstalter zufolge seit dem Jahr 2000 am Standort Deutschland die erste und einzige repräsentative Gesamtschau von Produkten der inneren Sicherheit für alle Sachgebiete und Ausrüstungs-



Über ein reges Interesse an den Positionen der GdP am diesjährigen GPEC-Messestand freuten sich der Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei, Jürgen Herdes (r.) und sein Vorstandskollege Dieter Käufer. Foto: Eckhard Christian Metz

bereiche - insbesondere Informations- und Kommunikationswesen, Kraftfahrzeug- und Verkehrswesen, Waffen und Geräte, Bekleidung und persönliche Ausrüstung, Kriminalwissenschaft und -technik. Als geschlossene Veranstaltung sei sie jedoch nur für Fachbesucher aus Behörden unter Vorlage des Dienstausweises zugänglich. Daraus resultierende vertrauliche, qualifizierte

Gesprächsmöglichkeiten machten die GPEC daher bei Behördenbesuchern und Ausstellern so beliebt.

Zur 8. Ausgabe der Messe hatten sich vor zwei Jahren – auch am Standort Leipzig – mehr als 6.600 Fachbesucher aus 62 Staaten und über 500 Aussteller aus 28 Staaten von 5 Kontinenten versammelt. **mzo**

VERKEHR

Datenschutz: Dashcam-Videos als Beweismittel?

Von Ewald Ternig

Das Stuttgarter Oberlandesgericht (OLG) (4 Ss 543/15) hat in einem Beschluss vom 4. Mai dieses Jahres entschieden, dass auch in einem Ordnungswidrigkeitenverfahren die Aufnahme einer sogenannten Dashcam als Beweismittel genutzt werden kann. Ein möglicher Verstoß gegen den Paragraphen 6 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) würde dem nicht generell widersprechen. Diese Bestimmung erlaubt es, öffentlich zugängliche Räume mit optisch-elektronischen Einrichtungen nur in engen Grenzen zu beobachten. Allerdings sehen die Richter darin nicht zwingend ein Beweisverwertungsverbot.

Anlass zu der Prüfung hatten die Richter bei einem Rotlichtverstoß im

Sinne des Paragraphen 37 der Straßenverkehrsordnung (StVO). Da die

Lichtzeichenanlage zum Zeitpunkt des Überfahrens der Haltlinie schon länger als eine Sekunde rot zeigte, war von einen so genannten qualifizierten Rotlichtverstoß auszugehen, der in dem Fall eine Geldbuße von 200 Euro und ein Fahrverbot von einem Monat nach sich zog.

Aufgezeichnet wurde dieser Verstoß von einem Zeugen, der seine Dashcam von Fahrtbeginn an hat laufen lassen. Er zeichnete somit nicht nur den Verstoß auf. Für die Richter des OLG



Stuttgart war dabei wichtig, dass dieses Beweismittel im Einzelfall genutzt werden darf, wenn der Ordnungswidrigkeitenverstoß im Rahmen einer Güterabwägung höher einzustufen ist, als der Verstoß gegen das BDSG.

Berechtigtes Interesse

Für das Gericht war auch von Bedeutung, warum der Zeuge die Kamera hat laufen lassen. Das Amtsgericht (AG) hatte sich dazu in seiner Argumentation nicht geäußert. Wenn die Kamera lief, damit im Falle eines Verkehrsunfalls ein Beweismittel vorgelegen hätte, könnte dies im Einzelfall als berechtigtes Interesse gewertet werden. Selbst wenn der Paragraph 6 b BDSG tangiert wäre und ein Verstoß festgestellt werden könnte, würde dies in dem Fall kein Beweisverwertungsverbot nach sich ziehen.

Einzelfallprüfung

Die Richter gehen davon aus, dass ein solches Verbot im Paragraphen 6 b BDSG nicht normiert ist. Somit ist die Verwertung immer im Einzelfall zu prüfen. Auch, wenn es keine Aufklärung „um jeden Preis“ gibt, muss das Gericht die Wahrheit erforschen, und dazu hat es „... die Beweisaufnahme



Kurz vor dem Start noch einmal die Dashcam gerichtet. Man weiß ja nie ...
Foto: Christin Klose/dpa

von Amts wegen auf alle Tatsachen und Beweismittel zu erstrecken, die von Bedeutung sind ...“ Daher war für das Gericht die Verwertung dieses Beweismittel nach den Grundsätzen nicht zu beanstanden. Hier ging es um eine besonders verkehrsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeit (ein Monat Fahrverbot und zwei Punkte im Zentra-

len Fahrerlaubnisregister (FER)), und es wurde nur das Fahrzeug mit dem Kennzeichen festgehalten. Die Fahrereigenschaft räumte die Person ein.

Nicht zum „Hilfssheriff“ aufgeschwungen

Wichtig war für das Gericht zudem, dass die Aufnahme nicht staatlich veranlasst war und, dass die Person sich in dem Fall nicht zum „Hilfssheriff“ aufschwingen wollte. Der 54. Verkehrsgerichtstag hatte in einem seiner Arbeitskreise mehrere Empfehlungen ausgesprochen. Für den vorliegenden Fall sollten zwei Punkte noch einmal hervorgehoben werden:

- Die Verwertung von rechtswidrigen Dashcam-Aufnahmen im Gerichtsverfahren richtet sich nach den von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen zu den Beweisverwertungsverboten.

Daran hat sich das Gericht gehalten und festgestellt, dass diese beachtet wurden.

- Die Verfolgung von Verkehrsverstößen ohne schwerwiegende Gefährdung oder Folgen soll weiterhin nicht auf die Aufzeichnungen von Dashcams gestützt werden können.

Kapitalmarkt

Beamtendarlehen 10.000 €-120.000 €
 ■ Vorteilszins für den öffentl. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €,
 Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins
 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 478180-0
Info@AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,35%, Lfz. 7 Jahre, mit. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,85 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 1451 45

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif- ☎ 0800-33 10 332
 Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälät-Höing-Str. 19 • 46325 Borchen



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal

KREDIT bis € 80.000,-
PECUNIA GmbH seit 1980
 einfach – schnell – seriös
 ohne Schufa bis € 10.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsversicherung – bis zum 80. Lebensjahr
Tel. 02 01/22 13 48
 45127 Essen • Gänsemarkt 21
 www.pecunia-essen.de

www.PolizeiDeinPartner.de



Jetzt kam es in dem Fall nicht zu einer schwerwiegenden Gefährdung, aber es war ein Verstoß, der für den Betroffenen schwerwiegende Folgen hatte.

Dies dürften die Mitglieder des Arbeitskreises zwar nicht gemeint haben, aber das Gericht hat die Verwertung des Beweises erlaubt. Der Argumentation dürfte gefolgt werden können.

Demzufolge wäre eine weitere Forderung des Arbeitskreises zu nennen:

- *Der Arbeitskreis empfiehlt daher eine gesetzliche Regelung, die auf der Basis des europäischen Datenschutzrechts möglichst ein einheitliches Schutzniveau innerhalb der EU gewährleistet.*



DP-Autor Ewald Ternig ist Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz.

Foto: privat

Man könnte sich in der Folge an der Rechtsprechung des OLG Stuttgart orientieren.

Zur Vollständigkeit noch eine Entscheidung in einem Zivilverfahren vom Ende des vergangenen Jahres: Dem Landgericht (LG) Landshut (01.12.2015, 12 S 2603/15) zufolge dürfen die Aufnahmen einer so genannten Dashcam im Rahmen eines Zivilprozesses durch die Parteien als Beweismittel eingebracht werden.

Der Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung erlangt nur im Falle eines Unfalles überhaupt an Bedeutung und ist als vergleichsweise gering zu werten, sodass das Interesse an einer ordnungsgemäßen Prozessführung und materiell gerechten Urteilsfindung überwiegt.

AUSTAUSCH

US-Cops zu Besuch bei niedersächsischen Polizeikollegen

Von Christian Steffen

Von Ende April bis Mitte Mai waren zum insgesamt siebten Mal US-amerikanische Kollegen aus dem Bundesstaat Minnesota zu Besuch bei ihren Freunden von der Polizei Bersenbrück in Niedersachsen. 26 Jahre besteht dieses einmalige Austauschprogramm nun schon.

Neben einem herzlichen Willkommen auf der Dienststelle des Polizeikommissariats (PK) Bersenbrück durch EKHK Reinhard Hagen und einem Empfang durch Samtgemeindefürhermeister Dr. Horst Baier in dessen Amtssitz statteten die Gäste aus dem Norden der USA auch der Kooperativen Regionalstelle Osnabrück „TEUTO“ einen Besuch ab. Der Osnabrücker Polizeipräsident Bernhard Witthaut ließ es sich nicht nehmen, dort die Übersee-Cops persönlich zu begrüßen.

Auch folgten die amerikanischen Kollegen beeindruckt einer Präsentation der Diensthundeführerstaffel der Polizeidirektion (PD) Osnabrück über die unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten der Diensthunde.

Bei der Darstellung der Gehorsamsprüfung, Schutzhund- und Suchfunktion ließ es sich der ein oder andere Officer nicht nehmen, selbst die Erfahrung als Störer in Schutzanzug zu machen.

Bei aller Vergleichbarkeit des Berufs

sei es jedoch immer wieder hilfreich, sich über neue Entwicklungen bei Arbeitsweisen, Lagen und Fortschritten im Bereich der Ausstattung gründlich auszutauschen, so das Teilnehmerfazit des internationalen Austauschs.

Gar nicht so verschieden ...

Doch weniger Gespräche privaten Charakters standen auf der Tagesordnung, vor allem Parallelen und Unterschiede in der gemeinsamen Berufsausübung wurden intensiv erörtert. Dabei gab Patrol Officer TJ Ibberson einen kleinen Einblick in die polizeiliche Arbeit des New Ulm Police Departments: Die Stadt New Ulm im Bundesstaat Minnesota zählt derzeit knapp 14.000 Einwohner auf circa 24 Quadratkilometern. Derzeit befinden sich 13 Patrol Officers/Corporals im aktiven Dienst und werden durch vier Sergeants geführt. Diese sind vergleichbar zum Dienstschichtleiter (DSL)/Dienstabteilungsleiter (DAL). Hinzu kommen noch der Chief,

der Deputy Chief, zwei Ermittler, drei Angestellte für Administration und Dispatch, sowie zwei Parking Enforcement Officers.

Der tägliche Dienst in seiner Heimatstadt erschien Patrol Officer TJ Ibberson nicht allzu unterschiedlich zu dem in Bersenbrück zu sein. Aber: der Regeldienst in den Vereinigten Staaten beschränkt sich auf den Stadtbereich der Gemeinden. Jede Stadt beschäftigt dort eine eigene Polizei.

Eine Frage der Farbe

Die Ausbildung ist zwar zentralisiert, doch Einstellungen nach Abschluss der Ausbildung liegen in den Händen der Gemeinden mit eigenen Haushalten. Die Zuständigkeiten in den ländlichen, unbewohnten Bereichen und sehr kleinen Gemeinden besitzen die Sheriffs Departments. Wer, wo was zu sagen hat, erklärt die Uniform. Während Stadtpolizeien blau uniformiert sind, tragen die Sheriffs und deren Deputies bräunliche Uniformen.

An der Tagesordnung in New Ulm lägen überwiegend zivile Streitigkeiten in Eigentumsfragen oder Mieter beziehungsweise Vermieterstreitigkeiten. Zudem gelangten



FÄLLE ZUM STRAFRECHT FÜR POLIZEIBEAMTE

mit Lösungsskizzen, Musterlösungen und Bearbeitungshinweisen

Von **Barbara Blum, Frank Hofmann, Eva Kohler.**

1. Auflage 2015

Umfang: 296 Seiten

Format: Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0765-9

Dieser Band stellt die strafrechtlich relevanten Studieninhalte fallbezogen dar. Dadurch erhalten die Studierenden konkrete Hilfestellungen, wie Klausuren im Gutachtenstil aufgebaut und formuliert werden. Im Rahmen des Selbststudiums können die Fälle zunächst selbst gelöst und anschließend mit der Musterlösung abgeglichen werden.

Das Buch beinhaltet:

- 27 Fälle mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad,
- ausführliche Lösungsskizzen zu jedem Fall,
- sämtliche Falllösungen im Gutachtenstil,
- weiterführende Hinweise zur Klausurtaktik und zu häufigen Klausurfehlern,
- prägnante Darstellung wichtiger Streitstände,
- Konzentration auf die für den Polizeiberuf relevanten Delikte.

Zusammen mit den beiden VDP-Büchern „Strafrecht für Polizeibeamte“ Bd. 1 und Bd. 2 erhalten Studierende des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst damit das Wissen zum Themenkomplex Strafrecht, welches für eine effektive Prüfungsvorbereitung und eine erfolgreiche Bewältigung des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig ist.



DIE AUTOREN

Dr. Barbara Blum, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Studienort Bielefeld.

Dr. Frank Hofmann, Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.

Dr. Eva Kohler, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Studienort Dortmund.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

AUSTAUSCH

noch zahlreiche Notrufe über Parkbeschwerden und Ruhestörungen an die Leitstelle. Auch die Funktion des „First Responder“ bei sämtlichen Rettungs- und Feuernotrufen komme noch hinzu „Unsere Hauptaufgabe liegt aber darin, hier den Frieden zu wahren“, verdeutlichte Officer Ibberson.

Auffällig, so der US-Beamte, sei jedoch, dass Statusmeldungen und Personenabfragen nach Haftbefehlen und Fahrerlaubnissen in den USA deutlich häufiger durchgeführt werden als in Deutschland. Dies könne durchaus daran liegen, dass Verkehrskontrollen gemäß Paragraf 36 Abs. 5 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) in den USA undenkbar seien, da die

zu 1/5-6 anwachsen. Durchschnittlich befänden sich in der Kernzeit von 11.30 bis 21.30 Uhr vier Officer und von 21.30 bis 2.30 Uhr fünf Officer im Dienst.

Es komme wie in Deutschland auf den Wochentag und die Uhrzeit an, wie viel zu tun sei. Während einer „normalen Schicht“ bearbeite ein Officer im Schnitt fünf bis sieben Notrufe, wobei nicht jeder Notruf schriftliche Arbeiten nach sich ziehe.

Etwa fünf bis sechs Fahrten unter Alkohol- oder Betäubungsmittel-Einfluss stelle das New Ulm Police Department monatlich fest. Notrufe nach Gewaltdelikten variierten, da Opfer häufig Ihre Meinungen än-

Schwerere Gürtel

Am Einsatzgürtel eines Patrol Officers befänden sich die Dienstpistole Smith & Wesson M&P .40cal, zwei Ersatzmagazine mit 15 Schuss, eine taktische Taschenlampe, eine Teleskopschlagstock, zwei Paar Stahlhandschellen, eine Tasche mit Einmalhandschuhen, ein tragbares Funkgerät, Pfefferspray und eine als „Taser“ bekannte Elektroimpulswaffe. Für die Funktionalität und Pflege sei jeder eigenverantwortlich, betonte er.

Zudem sei der Streifenwagen mit einer 12 gauge Shotgun mit sehr groben Schrot (.00 buck shot) und



Besuch aus Übersee bei der Polizei Bersenbrück.

Foto: Liesel Hoevermann

rechtlichen Möglichkeiten schlicht fehlten. Eine Kontrolle sei dort erst nach Verkehrsverstößen oder festgestellten Haftbefehlen möglich. Aus diesem Grund sei übrigens der Filmmythos der durch Polizisten zerschlagenen Heckleuchten bei unberechtigten Kontrollen erst aufgekommen.

Allein auf Streife

Im Rund-um-die-Uhr-Dienst beträgt Ibberson zufolge die Mindeststärke 1/2, wobei in den USA die Kollegen allein Streife fahren. Durch Überlappungsdienste könne die Stärke auf bis

zerten. Minder schwere Fälle – ohne offensichtliche Verletzungen und ohne Polizeibeamte als Zeugen – müssten durch schriftliche Stellungnahmen der Bürger angezeigt werden, was durch viele abgelehnt werde. Fälle häuslicher Gewalt verhielten sich ähnlich, obwohl die gesetzliche Verpflichtung einer Festnahme vorliege, sobald Verletzungen oder zerstörtes Mobiliar festgestellt würden.

So hätten nach 61 Notrufen wegen häuslicher Gewalt in den ersten Monaten dieses Jahres lediglich 37 ein Strafverfahren nach sich gezogen, veranschaulichte Cop Ibberson.

einem AR15 Sturmgewehr mit ACOG-Visier (Advanced Combat Optical Gunsight) ausgerüstet. Diverse Abfragen von Kennzeichen, Personen und Sachen sowie die Anlage eigener Einsätze würden über den Streifencomputer, einem Laptop, getätigt. Ebenso könnten Video- und Audioaufnahmen gemacht werden, die zum einen durch das Einschalten des Blaulichts oder per manueller Betätigung eines Knopfes aktiviert würden. Das zugehörige Mikrofon trage der Polizeibeamte an der Uniform, welches jegliche Gespräche außerhalb des Streifenwagens aufzeichne. Mit im „Werkzeugkasten“ seien noch ein Atemalkoholtester,



STARTSEITE

THEMEN

AUSGABEN

PRODUKTE

SERVICE

Sie sind hier > Startseite



Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

finden



Body Cam - Eine Frage der Perspektive

Grundsätzlich unterscheiden wir in diesem Beitrag zwischen der bereits bewiesenen positiven Wirkung, wenn auf... [\[mehr lesen\]](#)

1 2 3 4

SCHWARZES BRETT

PMRExpo 2016 vom 22. bis 24. November in Köln

Die PMRExpo ist die europäische Leitmesse für Professionellen Mobilfunk und Leitstellen. Die Besucher haben die Möglichkeit, sich beim abwechslungsreichen Veranstaltungsprogramm über Innovationen,... [\[mehr lesen\]](#)

Newsletter - Anmelden und gewinnen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Unter allen Anmeldungen, die zwischen dem... [\[mehr lesen\]](#)

Attraktive Angebote in unserer Rubrik PRODUKTE!!

Beachten Sie auch die attraktive Auswahl von Produkten für den polizeilichen und privaten Alltag. Einfach auf den Reiter PRODUKTE klicken und schon finden Sie eine Vielzahl an Hilfsmitteln für Ihre... [\[mehr lesen\]](#)

NEWSLETTER ABONNIEREN



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



Passend dazu:
ab sofort auf unserer
Homepage im Shop auch
eine attraktive Auswahl
von Schuhen – nicht nur für
die Freizeit – von HAIX!

WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.07. - 31.07.2016 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Farbspray, eine Fotokamera, ein Defibrillator und Sauerstoff.

Käfig an Bord

Fans hoch getunter Streifenwagen à la „Blues Brothers“ musste Officer Ibberson leider enttäuschen. Die Motorisierung sei die gleiche wie bei der zivilen Variante. Lediglich ein zusätzlich an der Frontstoßstange angebrachter Rammschutz und das Umlegen der Automatikschaltung von der Mittelkonsole an das Lenkrad mache den Unterschied. Erwähnenswert sei jedoch der sogenannte Cage (Käfig). Im Fond des Fahrzeugs befinde sich eine Art abgeschlossene Zelle, sodass eine in Gewahrsam genommene oder festgenommene Person keine direkte Möglichkeit habe, den Polizeibeamten zu bespucken oder tödlich anzugreifen. Ibberson gefalle an deutschen Funkstreifenwagen aber die Topanlage mit schriftlichen Anweisungen.

Gut ausgestattet

Vom ihm verfügbaren Equipment zeigte sich Officer Ibberson überzeugt, vor allem von den verschiedenen nicht-letalen Waffensystemen. Er habe diese Systeme zwar noch nicht einsetzen müssen, doch halte er beispielsweise die Elektroimpulswaffe für ein sehr gutes Mittel, einen körperlichen Angriff abzuwenden und einen noch nicht gefesselten Angreifer angriffsunfähig zu machen.

Das Gerät anzuwenden komme aber selten bis quasi nie in Betracht, da der Bürger dieses Einsatzmittel kenne – und fürchte. Auch der Teleskopschlagstock habe sich als praktisch erwiesen, um die nötige Distanz aufrecht zu erhalten oder bei Angriffen unterhalb der Einsatzschwelle anderer Mittel, den Angriff möglichst schnell zu beenden.

Überrascht zeigten sich die US-Cops darüber, dass ihren deutschen Kollegen ein Distanzmittel zwischen Pfefferspray oder Schlagstock und der Schusswaffe fehle. Die deutschen Kollegen erläuterten indes, dass hierzulande Spezialeinheiten zwar mit einer solchen Elektro-Distanzwaffe ausgestattet wären, jedoch die Mannausstattung noch politisch und auch polizeiintern umstritten sei.

Die Waffen des Gegenübers

Einige US-Bürger wären bekanntermaßen stolz auf ihre Erlaubnis, Waffen besitzen zu dürfen. In viereinhalb Jahren Dienst sei Ibberson jedoch erst einmal in eine bedrohliche Situation mit einem bewaffneten Gegenüber geraten. Die übliche Verfahrensweise bei Notrufen mit Waffenbezug sei, die Anschrift nicht direkt anzufahren. Man stelle sich in sicherer Entfernung auf und versuche, den Anwohner telefonisch zu kontaktieren. Ist der Kontakt zu Stande gekommen, fordere man die betreffende Person auf, mit freien Händen aus dem Haus zu treten. Dann erst würden die Ermittler übernehmen.

Ginge diese Taktik nicht auf, werde die sogenannte Emergency Response Unit (ERU), vergleichbar zum in größeren Städten eingesetzten SWAT (Special Weapons and Tactics), alarmiert. Diese Spezialkräfte übernähmen sofort nach dem Eintreffen den Tatort. Zusätzlich werde ein Hostage Negotiator (Verhandlungsgruppe) eingesetzt, welcher mit der Verhandlung bis zur Aufgabe betraut sei. „Wir sind schon auf der Hut, wenn wir uns bei sonstigen Einsätzen Personen, Wohnungen und Fahrzeugen nähern, vor allem dann, wenn Personen nicht durchsucht worden sind“, ergänzte der Officer.

Bei Einsätzen anlässlich häuslicher Gewalt werde übrigens während des Notrufs prinzipiell nach bekannten Waffen gefragt. Da Emotionen eine starke Rolle bei häuslicher Gewalt spielen würden, werde das Umfeld stets im Blick gehalten. Nach Möglichkeit halte die Polizei alle Personen außerhalb der Küche, da hier zahlreiche Gegenstände zur Waffe werden könnten. Zudem werde versucht, alle Beteiligten im Blick zu halten. Falls Anzeichen für häusliche Gewalt festgestellt würden oder Personen nicht kooperativ seien, fessele man notfalls Personen, bis der Ermittlungsdienst eingetroffen sei. Eigensicherung habe Vorrang.

Hooligans, Ultras und autonome Gewalttäter

Über die in den Medien berichtete Gewaltbereitschaft bei Fußballspielen und den seit Jahren zu beklagenden

Maikrawallen zeigte sich Officer Ibberson erschrocken. Er habe sofort erkannt, dass der Einsatz speziell ausgerüsteter Bereitschaftspolizei absolut erforderlich sei.

In den USA würden Sportveranstaltungen durch private Sicherheitsdienste betreut, und es komme nur in absoluten Ausnahmefällen zu kleineren Zwischenfällen. Diese spielten sich unter Einzelpersonen ab und nicht ausgelöst durch gruppenspezifische Gewaltexzesse. Ibberson schränkte ein, das er mit gewalttätigem Demonstrationsgeschehen bisher keinerlei Erfahrungen gemacht habe. Auch habe das Thema Polizeigewalt zumindest in Minnesota keine Wirkung entfaltet.

Ahnenforschung

Die deutsch-amerikanische Polizeifreundschaft hat übrigens 1988 begonnen, als der ehemalige Sergeant und spätere Bürgermeister von New Ulm, Bert Schapekahn, auf Ahnenforschung im Bereich Bersenbrück unterwegs war. Als er sich auf einem abendlichen Spaziergang befand, wurde er auf ein Hinweisschild aufmerksam, das ihn schnurstracks zum damaligen Polizeirevier Bersenbrück führte.

Mittlerweile mehrere Generationen

Auf der Wache traf er Polizeihauptmeister Norbert Richter. Trotz anfänglicher Verständigungsschwierigkeiten hatte man schnell eine Gesprächsbasis gefunden. Schon zwei Jahre später folgte eine Delegation von fünf Polizeibeamten einer Einladung nach New Ulm. Seitdem existiert ein regelmäßiger Austausch zwischen den Dienststellen.

Zwischenzeitlich gehören dem Austauschprogramm auf amerikanischer Seite auch die Dienststellen des „Brown County Sheriffs Department“, des „Winona Police Department“ und des „Winona County Sheriffs Department“ an. In zwei Jahren wird eine Gruppe des „Freundeskreises New Ulm (FKNU) bei der Polizei Bersenbrück“ die Reise in die Vereinigten Staaten antreten, um dieses einmalige, mittlerweile generationenübergreifende Austauschprogramm fortzuführen.



GdP-Delegation verabschiedet langjährigen Vorsitzenden der niederländischen Polizeigewerkschaft

Vielen Dank Han Busker! Herzlich Willkommen Jan Struijs!

Die Delegierten der niederländischen Polizeigewerkschaft NPB (Nederlandse Politiebond) haben den 54-jährigen Polizisten Jan Struijs einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Struijs tritt damit die Nachfolge des scheidenden Vorsitzenden Han Busker an, der nach achtjähriger Amtszeit eine neue Aufgabe im Vorstand des niederländischen Gewerkschaftsbundes übernommen hat. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nahm die von Busker ausgesprochene Einladung zu seiner Verabschiedung gerne an. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow, Bundeskassierer Jörg Bruchmüller und der für die internationale Gewerkschaftsarbeit zuständige Abteilungsleiter Sascha Braun überreichten Busker und Struijs GdP-Buddybären als Zeichen der sehr guten und bewährten Freundschaft der beiden Gewerkschaften und dem begeisterten Fußballer Busker ein Trikot der deutschen Fußballnationalmannschaft mit der Nummer 10.



(v.l.) Der stellvertretende Vorsitzende der GdP NRW, Michael Mertens; GdP-Abteilungsleiter Sascha Braun; der ehemalige Vorsitzende der NPB, Han Busker; GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow; der neue Vorsitzende der NPB, Jan Struijs und GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller. Foto: Saskia Dorrestein

Europäische Themen besetzen

Bruchmüller, zu dessen Vorstandsaufgaben auch die internationale Gewerkschaftspolitik gehört, dankte Busker für die ausgezeichnete Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und hob hervor, dass Busker insbesondere ein Brückenbauer in der europäischen Gewerkschaftsarbeit gewesen sei, dessen erfolgreiche Arbeit es nun fortzusetzen gelte. Vor allem nach dem Ausscheiden der beiden Organisationen aus dem glücklos und nicht mehr effektiv agierenden Gewerkschaftsbund EuroCOP komme es jetzt, so Bruchmüller, auf eine gemeinsame Arbeit an, die „dicht an den Kolleginnen und Kollegen dran“ sei.

In Zukunft würden Themen besetzt, die zwar in Europa angesiedelt seien, aber dennoch Bedeutung für die Polizisten auf der Straße hätten.

Der neue NPB-Vorsitzende Struijs versicherte Malchow im persönlichen Gespräch, dass die freundschaftliche

Zusammenarbeit fortgesetzt werde. Beide Gewerkschaftsvorsitzenden verabredeten ein erstes Treffen in Berlin bereits im Juni, um eine gemeinsame

große Veranstaltung im November 2016 in den neuen Räumlichkeiten des GdP-Büros in Brüssel vorzubereiten.

Sascha Braun

GESCHICHTE

Ernst Schrader: Gewerkschaftspionier kämpfte für Rechte der Polizisten

Am 13. Juli jährt sich der Todestag Ernst Schraders zum achtzigsten Mal. Schrader, der sich bereits im Kaiserreich aktiv an der Entstehung von Polizeiverbänden beteiligt hatte, war langjähriger Vorsitzender des „Verbandes preußischer Polizeibeamter e. V.“, der als Vorgängerorganisation der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gilt.

Schrader wurde am 3. April 1877 als Sohn eines Chausseearbeiters im brandenburgischen Zützen geboren. 18jährig trat er dem 1. Gar-

de-Ulanen-Regiment in Potsdam bei. Als Kind der Arbeiterklasse waren seine Aufstiegschancen jedoch begrenzt, so dass er sechs Jahre später



als Polizeiwachtmeister zu der Berliner Schutzmannschaft wechselte. Bereits 1913 besuchte er Versammlungen, in denen – gegen den Widerstand der Vorgesetzten – die Gründung einer Polizeivereinigung vorbereitet wurde. Trotz Repressalien und Degradierungen wurde am 13. Dezember 1915 der „Verband der Kameradenvereine“ gegründet und Schrader zu dessen Vorsitzenden gewählt.

Ihm und anderen Verbandsfunktionären war es zu verdanken, dass die Berliner Polizei die Wirren der Novemberrevolution (1918/19) größtenteils unbeschadet überstand. Schrader selbst schied 1920 aus dem aktiven Polizeidienst aus, um sich als hauptamtlicher Vorsitzender voll auf die Belange seines gewachsenen Verbandes konzentrieren zu können. Drei Jahre später entstand durch Fusion der „Verband preußischer Polizeibeamter“, der nach seinem Vorsitzenden auch Schraderverband genannt wurde.

Trotz seiner engen politischen Bindung zur SPD trat Schrader stets für eine parteineutrale Haltung des Verbandes ein. Zugleich nutzte er seine guten Beziehungen jedoch erfolgreich, um die Forderungen der Polizeibeamten durchzusetzen. Unter Schraders Vorsitz wurde auch die nationale Vereinigung und internationale Zusammenarbeit der Polizeiverbände vorangetrieben. 1930 wurde er als eines von elf Mitgliedern in den Vorstand des Deutschen Beamtenbundes gewählt.

Doch schon im Folgejahr wendete sich das Schicksal zunehmend gegen den Vorsitzenden und seinen Verband. Durch eine schwere Erkrankung war es Schrader monatelang nicht möglich, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Seine Gesundheit, der Verlust seiner Frau und die zunehmend angespannte politische Lage zwangen ihn 1932 dazu, sein Amt – gegen den Widerstand des Verbandes – niederzulegen.

Trotz seines Rückzugs ins Privatleben wurde Schrader Ziel der politischen Verfolgung durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Nachdem er miterleben musste, wie die Nationalsozialisten nach ihrer Machtergreifung 1933 den Verband – sein Lebenswerk –

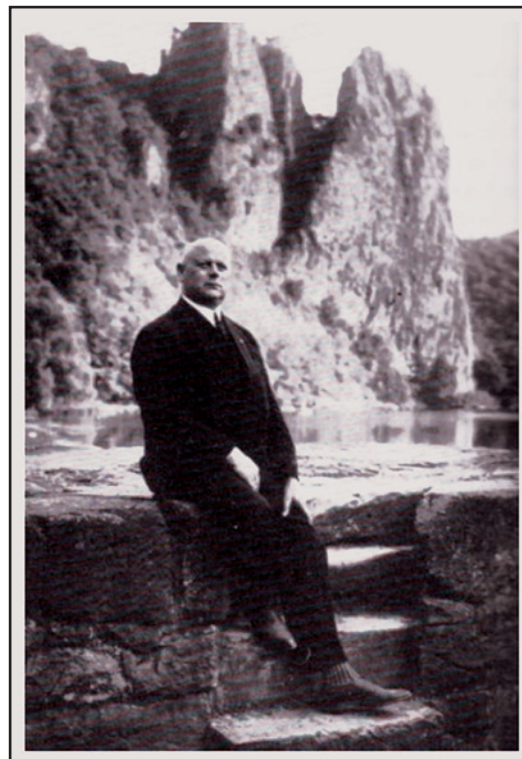
zerschlugen, wurde er selbst in „Schutzhaft“ genommen und in das Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin verschleppt. Nach drei Monaten Haft wurde er durch eine Amnestie wieder entlassen. Doch selbst nach seinem Tod – in Folge eines langjährigen Krebsleidens – im Jahre 1936 waren seine Angehörigen weiter der Verfolgung durch die Nationalsozialisten ausgesetzt.

Laura Ede

Ernst Schrader in Münster am Stein, 1926.

Foto: PA Wolfgang Klose

Mehr zur
Gründungsge-
schichte der Ge-
werkschaft der
Polizei online
auf gdp.de



EHRUNG

Marion Dix mit Verdienstorden ausgezeichnet

Die ehemalige Bundesfrauenvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Marion Dix, hat Anfang Juni in Hannover die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Der Oberbürgermeister der niedersächsischen Landeshauptstadt, Stefan Schostok, überreichte die Auszeichnung im Rahmen einer Feierstunde im Neuen Rathaus. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schilff gratulierte im Namen der GdP, die den Antrag maßgeblich unterstützt hatte.

„Die Verdienste von Marion Dix in der GdP und bei der Polizei Niedersachsen im Allgemeinen sind herausragend. Über 30 Jahre hinweg hat sie sich für die Gleichstellung in der Polizei engagiert und wichtige Bereiche der Frauenförderung ins Leben gerufen“, sagte Schilff am Rande der Veranstaltung. „Wir freuen uns sehr mit Marion und danken ihr für ihr großes Engagement“, betonte er angesichts der Ehrung.

Die Vollzugsbeamtin trat 1973 in die Polizei ein und wurde 1994 zur ersten Bundesfrauenvorsitzenden gewählt. Sie war zudem federführend bei der



Marion Dix nach der Ehrung. Foto: CH

Erarbeitung des Frauenförderplans der GdP. Lange gehörte sie dem niedersächsischen Polizeihauptpersonalrat beim Innenministerium an und vertrat dort ebenfalls die Rechte der Frauen.

Christian Hoffmann





Seniorentag 2017 geplant

In der Frühjahrstagung des Bundesseniorenvorstands der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende April in Kassel wurde angesichts zunehmender Aggressivität und Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten eine „Solidaritätsbekundung“ der Senioren (DEUTSCHE POLIZEI berichtete in der Juni-Ausgabe) mit den im Beruf stehenden Kolleginnen und Kollegen verabschiedet. Das Gremium befasste sich weiterhin auch mit der Planung eines „Seniorentages 2017“ und der Vorbereitung von Seminaren. Zudem wurden bereits erste Weichen für die Bundesseniorenkonferenz 2018 gestellt.

Besondere Anerkennung fand bei den Mitgliedern des Bundesseniorenvorstands die neu erstellte Broschüre „APS-Vorsorge – nicht nur für Senioren“, die unter der Leitung des für die Seniorengruppe Bund zuständigen Gewerkschaftssekretärs Horst Müller neu aufgelegt und an die Landesbezirke verschickt wurde. Auch im Internetauftritt der Bundes-GdP ist sie zur Einsicht und zum Abruf eingestellt. Erste vorbereitende Arbeiten sind auch für eine Neuauflage der Broschüre „Vorbereitung auf den Ruhestand“ im Gange.

Türkei in Anbetracht der Sicherheitslage in diesem Land abgesagt wurde. Ersatzweise ist neueren Informationen zufolge nunmehr eine Reise nach Kreta in Vorbereitung.

„GdP-Seniorenausweis“ stark nachgefragt

Erste Vorbereitungen für einen für das kommende Jahr geplanten Seniorentag der GdP auf Bundesebene mit dem Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ wurden ebenso besprochen wie die Durchführung von Seniorenseminaren, so: „Aktiv Programm für Senioren (APS)“ nach der Neuauflage vom 24. bis 26. Oktober 2016 in Berlin und „Basiswissen Seniorenarbeit“ in Potsdam vom 14. bis 16. November 2016. Gewerkschaftssekretär Horst Müller soll zudem bei einem Treffen von hauptamtlichen Sekretären der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes,

eine Diskussion über Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit im Seniorenbereich anstoßen. Festgestellt wurde auch, dass für den neu erstellten „GdP-Seniorenausweis“ bereits mehrere hundert Anforderungen vorliegen.

Kampagnen unterstützt

Ein Kernpunkt der zweitägigen Beratung stellten Erörterungen über die zunehmende Gewalt gegen die Polizei dar. Die Mitglieder des Bundesseniorenvorstands, deren Generation wesentlich zum Aufbau einer demokratischen und bürgernahen Polizei in Deutschland beigetragen hat, erfüllt diese Entwicklung mit großer Sorge. Nach intensiver Diskussion verabschiedeten die Anwesenden eine „Solidaritätsbekundung“, die DEUTSCHE POLIZEI in der Juni-Ausgabe im Wortlaut abgedruckt hatte. Darin bekräftigten die GdP-Senioren ihren Wunsch nach einer bürgernahen Polizei, brandmarken jedoch eine zunehmende Respektlosigkeit und Aggressivität gegenüber den Beamtinnen und Beamten sowie teils menschenverachtende Attacken, was einen Schatten auf den Polizeiberuf lege. Der Seniorenvorstand begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die „Auch-Mensch“-Kampagne der JUNGEN GRUPPE (GdP) sowie die im vergangenen November gestartete bundesweite Initiative der GdP für mehr Personal bei der Polizei „Wir brauchen Verstärkung.“

H.W. Fischer



Die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstands berichteten über verschiedene Besprechungen in Gremien des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und Teilnahmen an Landesseniorenkonferenzen. Kritisch hinterfragt wurde, dass der DGB in etwas „konfuser“ Weise eine Aktualisierung des Positionspapiers „Seniorenpolitische Eckpunkte“ angestoßen hatte und derzeit offenbar keiner richtig wisse, wie die Arbeit daran organisiert werden wird.

Ein ausführliches Gespräch, so berichtete der stellvertretende GdP-Bundesseniorenvorsitzende Klaus-Peter Leiste, hatte er mit dem Vorstandsmitglied der JUNGEN GRUPPE (GdP) Christoph Mehring über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit beider Personengruppen geführt.

Zur Kenntnis nehmen musste der Bundesseniorenvorstand, dass die für 2016 vorgesehene Seniorenreise in die

KRIMINALITÄT

Seit 40 Jahren hilft der WEISSE RING Opfern von Straftaten nicht nur materiell

Der WEISSE RING blickt auf 40 Jahre erfolgreiche Arbeit für Opfer von Kriminalität zurück. „Wenn alle den Täter jagen, wer bleibt dann beim Opfer?“ fragten vor 40 Jahren 17 Männer und Frauen und gründeten die Bürgerinitiative WEISSER RING e. V. Ehrenamtlich, nachbarschaftlich und mitmenschlich unterstützen seitdem mehrere tausend Mitarbeiter des Vereins Kriminalitätsoffer materiell und immateriell.

Seit seiner Gründung konnte der WEISSE RING bereits vielen hunderttausend Kriminalitätsoffern und ihren Angehörigen beistehen. Der Verein konnte dabei immer auf das ehren-

amtliche Engagement seiner professionell ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertrauen. In jährlich zigtausenden Stunden standen seine Helferinnen und Helfer Opfern mit Rat



KRIMINALITÄT

und Tat zur Seite und gaben ihnen persönliche Zuwendung. Zusätzlich hat der WEISSE RING seit seinem Bestehen fast 350.000 finanzielle Hilfeleistungen erbracht und für Opferbetreuungsmaßnahmen über 198 Millionen Euro bereitgestellt.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Bundesvorsitzende des Vereins: „Das Umfeld hat sich in den 40 Jahren glücklicherweise verändert. Die staatliche Unterstützung wurde verbessert, im Strafprozess haben Opfer mehr Rechte, die Traumabehandlung und die haupt-

amtliche Betreuung von Gewaltopfern wurden ausgeweitet.“

Schutz des Opfers stärken

In einem Beitrag zum 40-jährigen Jubiläum hob Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), hervor: „Polizistinnen und Polizisten erleben täglich hautnah das Leid der Opfer von Straftaten. Unser Rechtssystem berücksichtigt aus guten Gründen beim Strafmaß für den Täter auch das dem Opfer zugefügte

Leid. Aber ein Rachedanke ist unserem Rechtssystem fremd und oft wird der Person des Täters in einem Strafprozess sehr viel Aufmerksamkeit zuteil. Umso wichtiger ist es aber, den Schutz des Opfers zu stärken und ihm bei der Bewältigung und Linderung des Schadens auch emotional und materiell beizustehen, wie es der WEISSE RING seit vier Jahrzehnten unter großer gesellschaftlicher Anerkennung tut. Wir als Polizisten wollen nicht, dass Menschen Opfer von Straftaten werden. Dafür tun wir alles, rund um die Uhr.“ **hol**

KULTUR

„Erzähle!“ – eine Fibel, die Lust machen soll!

Von Volker Uhl

Manchmal freut man sich ganz besonders, wenn man das Ergebnis langer und intensiver Arbeit in Händen hält. Und was Kollegin Yvonne Röber, Polizeipräsidentin (PP) München, (Grafik) und Kollege Jens Mayer, PP Ulm, (Text) geleistet haben, kann sich wirklich sehen lassen. Gefördert mit Mitteln der Polizeistiftung Baden-Württemberg e.V. haben die beiden eine inhaltlich und auch optisch ansprechende Fibel verfasst, die Lust machen soll, selbst zu schreiben!

Sich etwas von der Seele zu schreiben, hilft. Davon wissen nicht nur Schriftsteller zu berichten, sondern auch wir Polizei-Poeten.

Ob für Buchveröffentlichung oder Tagebuch: Mit dieser neuen Broschüre ermutigt der Verein der Polizei-Poe-

ten, Hemmschwellen zu überwinden, und gibt Interessierten einen Leitfaden an die Hand.



Grafik: POLIZEI POETEN

Auf 100 übersichtlich gestalteten Seiten erfahren Interessierte mehr darüber, wie man die richtige Methode für sich findet, um Einsatzerlebnisse in schriftlicher Form zu reflektieren oder, wie andere Polizisten dienstliche Erlebnisse schriftlich verarbeitet haben. Zu lesen gibt es Texte von Autorinnen

und Autoren sowie Interviews zu ihren Beweggründen und Vorgehensweisen, auch: wie man einen Text professionell gestaltet und bearbeitet.

Die Broschüre kann gratis unter info@polizei-poeten.de angefordert werden. Mit einer Spende wird der Nachdruck der Broschüre unterstützt.

Für Rückfragen steht Interessierten der Autor dieses Artikels gerne zur Verfügung. Tagsüber und telefonisch am besten unter 0761-4906-2401.

Wir bewegen Menschen – Die Polizei-Poeten.



forum

LESERMEINUNG

Fortsetzung von Seite 3

gravierende Beispiele erinnern, die gerade das Gegenteil belegen. Erstens: Die sogenannte Zweigeteilte Laufbahn ist in der nordrhein-westfälischen Polizei umgesetzt. Sie wurde seitens der GdP lange gefordert und diese Forderung letztlich auch im sogenannten Kienbaum-Gutachten, also wissenschaftlich, bestätigt. Gerade letzteres hat sicherlich mit zu ihrer Realisierung beigetragen. Zweitens: Nachdem die

Verwaltungsmodernisierung allgemein zum Trend avancierte, hat auch die Polizei mit dem Neuen Steuerungsmodell und dem Steuerungs- und Führungssystem versucht, diesem Trend zu folgen. Unterstützung erhielt sie von ökonomisch orientierten Wissenschaftlern. Skeptisch äußerten sich eher Verwaltungs- und Politikwissenschaftler. Heute spricht kein Mensch mehr von dieser Art Verwaltungsmodernisierung

innerhalb der Polizei. Sie war ein De-saster.

Fazit: Man darf, ja muss sogar eine Polizeiwissenschaft hinterfragen und gegebenenfalls in Abrede stellen. Nur eine kritische Diskussion wird uns, wie auch immer, voranbringen. Man sollte sich jedoch davor hüten, das Kind bereits mit dem Bade auszuschütten.

Dr. Manfred Reuter, Hennef





TV-L Jahrbuch Länder 2016

Das jedes Jahr erscheinende Jahrbuch der Länder enthält in diesem Jahr neben den hilfreichen Kurzkomentierungen zu den Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst der Länder auch Ausführungen zu aktueller Rechtsprechung und weiteren wichtigen Themen wie Kündigung und Befristungen. Sehr lesenswert sind auch die Ausführungen zur Entgeltordnung für die Länder. Von der Entstehungsgeschichte der Entgeltordnung über die Gliederung bis hin zur Struktur der neuen Tätigkeitsmerkmale wird dort alles nachvollziehbar erklärt.



M. Omari

TV-L Jahrbuch Länder 2016: Kommentierte Textsammlung TV-L mit Überleitungsvertrag – Ergänzende Tarifverträge, Jörg Effertz, Walhalla Verlag, Gebundene Ausgabe, 2015, 1.380 Seiten, ISBN 978-3802979378

Grundlagen der Kriminaltechnik I und II

Die kriminaltechnischen Untersuchungsmethoden wurden in den letzten Jahren zunehmend verfeinert. Der Sachbeweis hat damit sowohl im Ermittlungsverfahren als auch im Strafprozess in erheblichem Maße an Bedeutung gewonnen. Beweisführung und Urteilsfindung vor Gericht stützen sich mehr und mehr auf den Sachbeweis.

In den Lehr- und Studienbriefen Band 16 und 17 stellen die Autoren, ausgehend von einem versuchten Sexualdelikt als Leitsachverhalt, umfassend und praxisnah den derzeit aktuellen Stand der kriminaltechnischen Möglichkeiten dar. Die wesentlichen Spurenkomplexe werden allgemein verständlich anhand dieses Sachverhaltes erläutert und durch umfangreiches farbiges Bildmaterial veranschaulicht.

Der vorliegende Band „Grundlagen der Kriminaltechnik I“ handelt die kriminaltechnischen Begriffe, die Grundlagen der Spurensuche und Spurensicherung sowie die wesentlichen Formspuren ab.

„Grundlagen der Kriminaltechnik II“ widmet sich unter anderem DNA-Spuren, Schussspuren, Haarspuren, Faserspuren sowie Geruchsspuren und chemischen Fangmitteln. Am Ende des zweiten Bandes findet sich zudem eine

komplette Lösungsskizze zur kriminalistischen Fallanalyse des Leitsachverhalts.

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie, Grundlagen der Kriminalistik I (Band 16) und II (Band 17), Christoph Frings, Frank Rabe, VDP, je 144 Seiten, je 14,90 Euro im Laden oder je 12,90 Euro im Abonnement, Band 16 ISBN 978-3-8011-0773-4, Band 17 ISBN 978-3-8011-0774-1



Nr. 7 • 65. Jahrgang 2016 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/ Pressestelle
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
178.648 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG, DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern, Postfach 1452, 47594 Geldern, Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

Titel

Foto: NEWS & ART/ddp

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



Das besondere Angebot aus der

Exklusiv Serie



TASCHENKALENDER

- mit Schichtdienst-Vorgaben zum Eintragen der Dienstschichten
- Format ca. 9 x 14 cm



TERMINER

- speziell auf den Bedarf der Polizei abgestimmt
- Format ca. 16,5 x 24 cm



BILDKALENDER

- Bildmonatskalender mit zwölf künstlerischen Motiven aus dem Polizeibereich
- Groß-Format ca. 68 x 48 cm

3 Kalender im Paket

Dieses Angebot war bisher über den Verlag Deutsche Polizeiliteratur erhältlich!

3,50 € gespart

Alle 3
im Paket nur
11,90 €
15,05 €

Best.-Nr. 230365



Weitere Kalender finden Sie unter:
<http://www.osg-werbemittel.de/shop/Kalender/>
Auslieferung bis max. Mitte September.

Eine Lieferung mit Werbemitteln aus dem OSG Sortiment ist leider nicht möglich!

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.

Ab
2,89%¹⁾
effektiver
Jahreszins;
2,79 % Sollzins-
satz p. a.

**100,- Euro²⁾ Bonus
für GdP-Mitglieder**

Große Wünsche – kleine Raten!

¹⁾ Konditionen freibleibend, bonitätsabhängig, die Gesamtkosten beinhalten die Mitgliedschaft und die Summe der Sollzinsen. Voraussetzung: Gehalts-/Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied. Beworbene Kondition: Nettodarlehensbetrag: 10.000,- Euro, Sollzinssatz p. a. (fest): 2,79 %, Effektiver Jahreszins: 2,89 %, Gesamtbetrag: 10.760,24 Euro, Vertragslaufzeit: 60 Monate, Monatl. Rate: 179,09 Euro, Anzahl Raten: 60. Repräsentatives Beispiel: Nettodarlehensbetrag: 10.000,- Euro, Sollzinssatz p. a. (fest): 5,53 %, Effektiver Jahreszins: 5,74 %, Gesamtbetrag: 11.527,24 Euro, Vertragslaufzeit: 60 Monate, Monatl. Rate: 191,85 Euro, Anzahl Raten: 60

²⁾ Voraussetzung: Erstabschluss; Gutschrift auf das BBBank-Bezügekonto

Finanzieren Sie Ihre Wünsche zu **aktuell besonders niedrigen Zinsen** – mit dem **BBBank-Wunschkredit¹⁾**.



B-Tarif:

**Für Beschäftigte im öffentlichen Dienst
zusätzlicher Zinsrabatt möglich.**

**BESTER
RATENKREDIT**
BBBank

**Wirtschafts
Woche**

bonitätsabhängige
Filial-Angebote
Laufzeit: 48 Monate
Im Test: 23 Anbieter
wirtschaftswoche.de · 10.5.2016

FMH

Mehr Informationen in Ihrer Filiale vor Ort,
unter Telefon 0 800/40 60 40 184
oder www.bbbank.de/gdp,
BBBank eG, Herrenstr. 2–10, 76133 Karlsruhe

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst